

**Wahlprogramm
zur Bürgerschaftswahl 2001
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Hamburg**

,Für eine Weltstadt. Volle Kraft voraus!“

Quelle/Zitierweise: ADL, Druckschriftenbestand; Signatur D2-3608
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-257

BÜRGERSCHAFTSWAHLPROGRAMM 2001
DER FDP HAMBURG

FDP

Für eine Weltstadt.

Rudolf Lange



Volle Kraft voraus!

www.lange2001.de

FDP
FREI DEMOKRATISCHE PARTEI

THEMENÜBERSICHT

• DIE ZEIT IST REIF - IDEALE STATT IDEOLOGIE (Vorwort)	3
• BILDUNG - ERSTE PRIORITY IN DER POLITIK	4
- Schulpolitik	4
- Berufliche Bildung	7
- Hochschulpolitik	8
• KULTURSTADT HAMBURG	11
• SOZIALES - POLITIK FÜR DIE GANZE GESELLSCHAFT	14
- Soziale Transferleistungen	15
- Familienpolitik	15
- Kinder und Jugendliche	17
- Gleichgeschlechtliche Partnerschaften	19
- Seniorenpolitik	19
- Menschen mit Behinderung	20
- Sport	21
- Gesundheit	22
- Bundesratsinitiativen	23
• WIRTSCHAFT - WOHLSTAND FÜR ALLE	25
- Gewerbegebäuden	26
- Hamburger Hafen	26
- Bürokratielasten	27
- Existenzgründung	27
- Medien	28
- Privatisierung	28
- Verbraucherschutz	29
- Nordstaat	29
- Bundesratsinitiativen	30
• VERKEHR - WIR BRINGEN HAMBURG IN BEWEGUNG	31
- Hamburg Zentrum überregionaler Straßenverkehrsverbindungen	32
- Verkehr im innerstädtischen Bereich	33
- Parkraum	36
- Verkehrsüberwachung in Hamburg	36
- Fußgänger und Radfahrer	36
- Öffentlicher Personennahverkehr	37
- Flughafen	38
- Zukunftsprojekt Transrapid	39

• STADTENTWICKLUNG UND UMWELT	40
- Stadtplanung	40
- Bauen und Wohnen	42
- Umweltschutz	42
• INNERE SICHERHEIT UND JUSTIZ - KRIMINALITÄT BEKÄMPFEN STATT VERWALTEN	44
- Kriminalprävention verbessern	45
- Kriminalitätsbekämpfung	46
- Subjektive Sicherheit	48
- Effektive Polizei und Justiz	49
- Justiz	50
• VERWALTUNG - SCHLANK UND EFFIZIENT	51
- Bürgermitwirkung stärken	51
- Behörden und Ämter zusammenlegen, Stellen sparen und modernisieren	52
- Personalvertretung reformieren	52
- Rechte der Bezirke und Stärken	53
• FINANZEN - HAMBURGS ZUKUNFT SICHERN	54
- Derzeitige Haushalts- und Finanzpolitik	54
- Liberale Haushalts- und Finanzpolitik	55

VORWORT

DIE ZEIT IST REIF - IDEALE STATT IDEOLOGIE

Die Lebensverhältnisse in Deutschland befinden sich in einem tiefgreifendem Wandel, unsere Gesellschaft ist in Bewegung. Dieser Wandel erfordert neue politische Visionen.

Gerade die Bürger unserer Stadt spüren die Veränderungen. Sie sehen die Chancen, die sich aus der Globalisierung der Märkte, der modernen Informationstechnologie und der gestiegenen Mobilität ergeben, aber sie sehen auch die Risiken wie Verlust der eigenen Identität und Vereinsamung.

In dieser dynamischen Zeit suchen die Menschen nach Orientierungspunkten und Werten, an denen sie ihr Leben ausrichten können. Rückwärts gerichtete Ansätze, die von Gleichmacherei, Leistungsverweigerung und Technikfeindlichkeit geprägt sind, haben sich für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts als unbrauchbar erwiesen.

In Hamburg regiert Rot - Grüne Ideologie statt politischer Vernunft. Eine solche Politik ist fortschrittsfeindlich, verzögert notwendige Entscheidungen und bevormundet den einzelnen Bürger.

Dagegen setzt die Hamburger FDP neue Ideale.

- Eigenverantwortung des Bürgers zeigt sich darin, dass er seine Rechte kennt, aber auch freiwillig seinen Pflichten nachkommt. Staatliche Bevormundung wird durch eigenverantwortliches Handeln ersetzt.
- Toleranz steht im Zentrum einer selbstbestimmten Lebensgestaltung für jeden Mitbürger, die zugleich Rücksicht auf den anderen nimmt.
- Mit Kreativität wollen wir ungewöhnliche Lösungen für außergewöhnliche Fragestellungen finden.
- Durch Flexibilität wollen wir langwierige und starre Reglementierung aufbrechen und kurzfristige Entscheidungen ermöglichen.

Diese Ideale ziehen sich als roter Faden durch alle Politikfelder unseres Programms mit den Schwerpunkten Bildung, Wirtschaft, Verkehr, Innere Sicherheit.

Selbstbestimmung und soziale Verantwortung stehen dabei gleichwertig nebeneinander.

Die Weiterentwicklung der EU und die Integration unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger sind Grundprinzipien liberaler Politik. Diese Ziele werden von der Hamburger FDP in allen Bereichen gefördert.

Die FDP will die besten Voraussetzungen schaffen, in der Weltstadt Hamburg zu leben, zu arbeiten und sich wohl zu fühlen.

BILDUNG - ERSTE PRIORITY IN DER POLITIK

Bildung ist der wertvollste Rohstoff unseres Landes. Der Standard der Bildung von heute entscheidet über die Stellung Deutschlands in der Welt.

Solides Wissen und die Fähigkeit zu dessen Anwendung sind die unabdingbaren Voraussetzungen für die Entwicklung junger Menschen zu unabhängigen, verantwortungsbewussten Persönlichkeiten als den Trägern einer freiheitlichen Gesellschaft. Ausgerechnet in Hamburg, dem „Tor zur Welt“, ist der Gesichtspunkt der Qualitätssicherung in der globalen Wissensgesellschaft sträflich vernachlässigt worden. Selbst im Wettbewerb innerhalb Deutschlands erhält der Bildungsstand der Hamburger Schüler im Vergleich zu anderen Bundesländern immer schlechtere Noten. Viel zu lange sind Leistungsförderung und Leistungsanreize zugunsten gleichmacherischer Leistungsstandards verdrängt worden. Jüngste Untersuchungen haben ergeben, dass mehr als die Hälfte aller Gymnasiasten am Ende der Unterstufe schwere Leistungsmängel in der Rechtschreibung und in einfachsten mathematischen Fähigkeiten aufweisen. Gleichzeitig wird einhellig die Vernachlässigung besonders begabter Schüler in Hamburg kritisiert.

Mit der besonderen Förderung der Bildung will die FDP die Fähigkeit aller Menschen steigern, das eigene Leben selbstverantwortlich zu gestalten. Der Bildungsstand ist das Maß für die innovative Kraft eines Volkes. Deshalb muss Bildung erste Priorität in der Politik haben. Haushaltsmittel im Bildungsbereich dürfen nicht länger gekürzt werden.

Bildungswege müssen sinnvoll gestrafft werden.

SCHULPOLITIK

Die FDP will

- mehr Raum für erzieherisches Wirken in allen Schulformen, um so den gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung zu tragen,
- eine nachhaltige Vermittlung von Grundfertigkeiten,
- eine Verkürzung der Schulzeit auf 12 Jahre bis zum Abitur,
- ein Unterrichtsfach Technik und Wirtschaft,
- die tatsächliche Autonomie der Schule bei deutlicher Reduzierung der zentralen Bürokratie,
- die Ausweitung der Naturwissenschaften in allen Schulformen,
- Beförderung der Lehrkräfte nach Leistung,
- die Übernahme der für Flächenstaaten geltenden Teile des Bundesbesoldungsgesetzes im Bereich des Amtes für Schule (= Rücknahme der Hamburger Sonderregelungen),

- dafür sorgen, dass im Bereich der Kinderbetreuung durch ausreichende und qualifizierte Sprachschulung für Kinder ausländischer Eltern ein hoher deutscher Grundwortschatz noch vor der Einschulung aufgebaut wird.

Formal gleiche Abschlüsse müssen ein vergleichbares Leistungsniveau haben. Dies gilt insbesondere für das Abitur an Gymnasien und Gesamtschulen. Die Hamburger Schulabschlüsse müssen bundesweit wieder einen hervorragenden Ruf bekommen und einen konkurrenzfähigen Leistungsstandard haben. Ziel muss es sein, mit Hamburger Schulabschlüssen im bundesdeutschen Vergleich wieder in der Spitzengruppe zu sein. Deutsche Berufseinsteiger sind zu alt. Schon jetzt werden in vielen Ländern Europas in zwölf Jahren mehr Unterrichtsstunden absolviert als bei uns. Durch Straffung der Lehrinhalte und durch eine Umschichtung der Unterrichtsstunden kann eine Verkürzung der Ausbildungszeiten erreicht werden.

Technische und naturwissenschaftliche Inhalte werden in der heutigen Zeit immer wichtiger, um den Einstieg in das Berufsleben schaffen zu können.

Schlüsselqualifikationen des klassischen Bildungskanons aus Sprachen, Mathematik, Gesellschaftswissenschaften und Kultur müssen deshalb mit der Vermittlung medialer, technischer und ökonomischer Kompetenz verknüpft werden.

Die FDP wird

- über die Wiederbesetzung aller freiwerdenden Stellen hinaus die Einstellung von 750 zusätzlichen Lehrkräften innerhalb der nächsten Legislaturperiode durchsetzen,
- ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen ab der ersten Klasse schaffen,
- ein generelles Stundenkontingent für sozialpädagogische Betreuung an allen Schulen vorsehen,
- die Förderung der staatlich anerkannten Schulen in privater Trägerschaft in Hamburg verbessern.

Aufgrund veränderter gesellschaftlicher Vorgaben hat die Schule zunehmend erzieherische Aufgaben wahrzunehmen. Die Erziehung zur Selbstständigkeit und die Vermittlung gesellschaftlicher Normen und sozialer Kompetenzen wird immer stärker den Schulen übertragen. Dafür müssen mehr Lehrer zur Verfügung stehen. Mehr Lehrer bedeuten weniger Unterrichtsausfall. Neueinstellungen können durch die Anpassung der Hamburger Lehrerbesoldung an das bundesübliche Niveau und die konsequente Entbürokratisierung in allen Bereichen finanziert werden, wie auch durch die intensive Nutzung von EU - Förderprogrammen wie z.B. Leonardo I/II. Für die Unterrichtserteilung durch Gastlehrer aus

Wirtschaft, Forschung, Wissenschaft sowie aus anderen EU - Staaten muss aktiv geworben werden.

Ganztagschulen verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bieten Raum für erweiterte pädagogische Konzepte. Darüber hinaus haben die Erfahrungen gezeigt, dass die Gewalt unter Schülern an Ganztagschulen deutlich geringer ist, als an Halbtagschulen. Die staatlich anerkannten Schulen in privater Trägerschaft sind als Teil eines differenzierten vielfältigen Schulangebots angemessen zu finanzieren.

Die FDP setzt sich dafür ein,

- den Technikunterricht an der Hauptschule auszubauen und ihr damit wieder ein eigenständiges Profil geben,
- in Realschulen gezielt auf die Berufe in Handwerk, Industrie und Dienstleistung auszubilden,
- im Interesse der Kinder der Empfehlung beim Schulwechsel von Klasse vier in das dreigliedrige Schulsystem mehr Beachtung zu schenken. Für Schüler ohne Gymnasialempfehlung soll deshalb die Beobachtungsstufe des Gymnasiums auf ein Jahr verkürzt werden können,
- Notenzeugnisse für alle Kinder schon ab der dritten Klasse zu erteilen,
- in Gebieten mit hohem Ausländeranteil den Schulen durch Aufstockung der Vorschullehrerstellen die Möglichkeit zu geben, Vorschulklassen nur aus Kindern mit geringen deutschen Sprachkenntnissen zu bilden, um schwerpunktmäßig das Erlernen der deutschen Sprache voranzutreiben.

Schulen, die selbstständig Schwerpunkte setzen können, sind attraktiv. Eltern können sich für die Schulen entscheiden, an denen ihre Kinder das passende Angebot finden.

Die Inhalte eines Technikunterrichts müssen an die Anforderungen handwerklicher und industrieller Berufsfelder angelehnt werden. Auf diese Weise wird das Fundament einer erfolgreichen beruflichen Karriere für praktisch begabte Jugendliche gelegt. Die gleichmacherische sozialdemokratische Bildungspolitik hat die Hauptschulen verkommen lassen.

Für die Realschule ist die Betonung wirtschaftlicher Unternehmensinhalte eine Möglichkeit, ein neues wettbewerbsfähigeres Profil zu gewinnen.

Um Versagensängste und Demotivation zu vermeiden und um die Qualität des gymnasialen Bildungsganges zu sichern, müssen die Übergangskriterien von der Beobachtungsstufe nach Klasse 7 und von Klasse 10 in die Oberstufe angehoben werden.

Berichte über Lernerfolg und Lernzuwachs sind eine notwendige Ergänzung, aber (ab der 3. Klasse) kein Ersatz für Notenzeugnisse. Um den Schülern den Einstieg in das Berufsleben

oder in eine Weiterqualifikation auf anderer Ebene zu erleichtern, ist es notwendig, sie frühzeitig an die Notenzeugnisse zu gewöhnen.

Vor allem für besonders begabte Kinder muss eine verstärkte Förderung unabhängig von sozialer Herkunft gewährleistet werden. Dafür sind unter anderem Begabten - Zweige an Hamburger Gymnasien einzurichten.

BERUFLICHE BILDUNG

Die FDP will das Duale System vom Grundsatz her erhalten, zugleich aber verantwortungsvollen Unternehmen mit den Kammern die Möglichkeit geben, neu gewonnene Einsichten bezüglich der Ausbildung sowohl höherer wie auch der schwächer Begabten in eigener Verantwortung zu realisieren.

Aufgrund der Veränderungen in nahezu allen Wirtschaftsbereichen ist auch die berufliche Ausbildung neuen Herausforderungen ausgesetzt. Die derzeitigen Senatsparteien haben gezeigt, dass sie nicht fähig sind, Reformen für die Berufsausbildung voranzubringen. Das berufsbildende Schulwesen muss jedoch dringend reformiert werden. Eine solche Reform darf nicht "mehr Schule", sondern muss "mehr Praxis" zum Ergebnis haben.

- Den Kammern soll die Gründung einer Stiftung übertragen werden, die auf ein breites Angebot niedrigschwelliger Lehrgänge spezialisiert ist.

Ein großes Problem stellen Schulabgänger ohne Abschluss dar. Diesen Jugendlichen helfen betriebliche Weiterbildungsangebote besser als schulische. Die Lehrgänge sollen unterschiedliche Lernvoraussetzungen und Branchenanforderungen berücksichtigen und mit einführenden Anstellungsverhältnissen eine betriebsnahe Gewöhnung an das Arbeitsleben ermöglichen. Die Lehrgangsteilnehmer sollen in einer möglichst dreijährigen Gesamtausbildungszeit entsprechend ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten ein Ausbildungszertifikat erhalten, das durch spätere modulare Weiterbildungsmaßnahmen zum Gesellenbrief ergänzt werden kann.

- Für Abiturienten, die ein Ausbildungsverhältnis eingehen, werden spezielle Berufsschulklassen eingerichtet.

Leistungsstarken Schülern soll dadurch ermöglicht werden, einen adäquaten Abschluss in kürzester Zeit zu erreichen. Ziel dieser Reform ist eine zielgruppendifferenzierte Ausbildung.

Abiturienten haben zumindest im allgemeinschulischen Bereich aufgrund ihrer Schulbildung weitaus mehr Vorwissen als Haupt- und Realschüler.

- Die FDP will eine Ausbildung nach dem „Baukastensystem“.

Einzelne Abschlüsse dürfen nicht zu Sackgassen werden. Nach einer absolvierten "Basisphase" muss es jederzeit möglich sein, die Qualifikation auszubauen. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Freie und Hansestadt Hamburg auf Bundesebene entsprechende Initiativen zur Schaffung dieser Ausbildungsgänge ergreift.

Geänderte Voraussetzungen im Rahmen der Europäischen Einigung, auch der Maastricht - Verträge, wie auch allgemein in Industrie, Handel und Gewerbe erfordern für die Zukunft eine neue, eine andere Schule. Dafür gilt es in Anlehnung an Modelle in anderen Ländern auch in Deutschland neue Formen zu proben. Die FDP will deshalb - vorerst vornehmlich im Berufsschulbereich - Schulen realisieren, die als eigenständige betriebswirtschaftliche Einheiten fungieren.

HOCHSCHULPOLITIK

- Die FDP will die staatlichen Hochschulen und Universitäten in Stiftungen des öffentlichen Rechts umwandeln oder in private Trägerschaft überführen.

Im europaweiten Wettbewerb der Hochschulen um Studierende und Forschungsmittel müssen die Hochschulen und Universitäten schlagkräftiger und flexibler werden. Mehr Unabhängigkeit von der staatlichen Bürokratie trägt dazu bei. Zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und den Hochschulen sollen Verträge geschlossen werden, die den Hochschulen eine sichere hochschulpolitische und finanzielle Perspektive für die zukünftige eigenverantwortliche Entwicklung geben.

Diese Verträge enthalten:

- Zielvereinbarungen mit den Hochschulen in Forschungsförderung, Ausbildung der Studierenden und des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie Dienstleistungen.
- Übertragung der Dienst- und Bauherreneigenschaft, inklusive der Personalhoheit von dem Staat auf die Hochschule.
- Maßstäbe der Bemessung der staatlichen Zuschüsse, um der Hochschule Planungssicherheit zu geben.
- Grundprinzipien der hochschulinternen Mittelvergabe.
- Rahmenvorgaben für die Organisation der Hochschule.

Die als Stiftungen öffentlichen Rechts geführten Hochschulen erhalten zunächst im bisherigen Umfang staatliche Mittel für Forschung und Lehre. Mittelfristig erfolgt die staatliche Förderung neben einer Sockelfinanzierung teilweise leistungsabhängig (vgl. Abschnitt zu Bildungsgutscheinen). Darüber hinaus können die Hochschulen ihre Etats durch eigene Einnahmen aufstocken. Diese Einnahmen werden nicht mit staatlichen Zuwendungen verrechnet.

Die staatliche Aufsicht über die Hochschulen beschränkt sich auf die Einhaltung der Vertragsinhalte. Eine Qualitätskontrolle ergibt sich darüber hinaus durch den Wettbewerb um Wissenschaftler, Studierende und Drittmittel.

- Universitäten und Hochschulen sollen sich ihre Studierenden selbst aussuchen können.

Zur Freiheit der Hochschulen und der Studierenden gehört auch, dass nicht mehr eine staatliche Behörde (ZVS) die Studienbewerber zuteilt. Die Liberalen wollen diese Behörde durch beiderseitigen Wettbewerb ersetzen. Die Studienbewerber sollen sich frei bei allen Hochschulen bewerben können und die Hochschulen sollen unter den Bewerbern auswählen können, wenn die Zahl der Bewerber die Zahl der Studienplätze überschreitet. Dazu zählt auch, dass sich Hochschulen eigene Zugangsvoraussetzungen schaffen können. Das Abitur bleibt wichtige, nicht jedoch einzige Qualifikation für einen Studienbeginn.

- Die FDP fordert Bildungsgutscheine statt Studiengebühren.

Bildung ist nicht nur ein Zugewinn für den Einzelnen. Gut ausgebildete junge Menschen sind ein Gewinn für die ganze Gesellschaft. Die liberale Antwort auf die Forderung nach Studiengebühren sind Bildungsgutscheine. Sie verkörpern das Recht auf Bildung und werden vom Staat für ein Studium bis zum Erwerb eines ersten berufsqualifizierenden Abschlusses unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Für darüber hinausgehende Studiengänge müssen dann Gutscheine erworben werden. Studierende "bezahlen" die Lehrveranstaltungen mit ihren Gutscheinen. Die Hochschule, die mehr Bildungsgutscheine sammelt, erhält mehr Geld aus den staatlichen Zuwendungen für den laufenden Aufwand. Hiermit werden marktorientierte Anreize zu einer Verbesserung der Lehre geschaffen. Hochschulen treten untereinander in einen Wettbewerb um das beste Studienangebot. Im Hinblick auf diesen Wettbewerb begrüßen die Liberalen private Initiativen, wie die Bucerius Law School oder das Northern Institute of Technology (NIT).

- Die FDP will das Profil der einzelnen Hochschulen stärken und dringend erforderliche Reformen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen durchführen:

Planungen für den weiteren quantitativen Ausbau der Technischen Universität Hamburg - Harburg sollen aufgenommen werden. Die TU Hamburg - Harburg ergänzt das Studienangebot in Hamburg um den wichtigen technisch - wissenschaftlichen Bereich und leistet hervorragenden Technologietransfer in ihrer Zusammenarbeit mit der Wirtschaft der Region.

An der Universität Hamburg ist die seit vielen Jahren bestehende Unterausstattung im Bereich des Wissenschaftlichen Nachwuchses und des Servicepersonals zur Unterstützung des Lehrpersonals zu beseitigen. Nach erfolgtem Ausgleich fordern Liberale eine Erhöhung der Regellehrverpflichtung für Professoren auf 10 Semester - Wochenstunden.

Die Fachhochschule Hamburg soll weiter ausgebaut werden. Sie ist die Einrichtung, die den hohen Bedarf an einer großen Zahl berufsfeldnah und in einem straffen Zeitrahmen ausgebildeter Studierender erfüllen kann.

Die Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) soll auch künftig eine Institution des Zweiten Bildungsweges sein.

Die künstlerischen Hochschulen sollen mit ihren bestehenden Ausbildungsschwerpunkten eigenständig weitergeführt werden.

An allen Hochschulen ist die Durchführung von einer inhaltlichen und formalen Studienreform zu initiieren bzw. weiterzuführen, wobei besonders innovative Lehrangebote im Bereich der fortschreitenden europäischen Integration zu berücksichtigen sind.

Erforderlich sind zeitgemäße Studiengänge, die einen beruflich verwertbaren Zwischenabschluss erlauben und in angemessener Studienzeit absolvierbar sind.

Die Studienbedingungen müssen verbessert werden (Bibliotheksausstattung, Tutorien, fachliche Studienberatung), damit Regelstudienzeiten zu erreichen sind.

Die Verwaltung und die Selbstverwaltung zur Stärkung der dezentralen Entscheidungsebenen müssen reorganisiert werden, damit Ressourcenverantwortung wahrgenommen werden kann.

KULTURSTADT HAMBURG

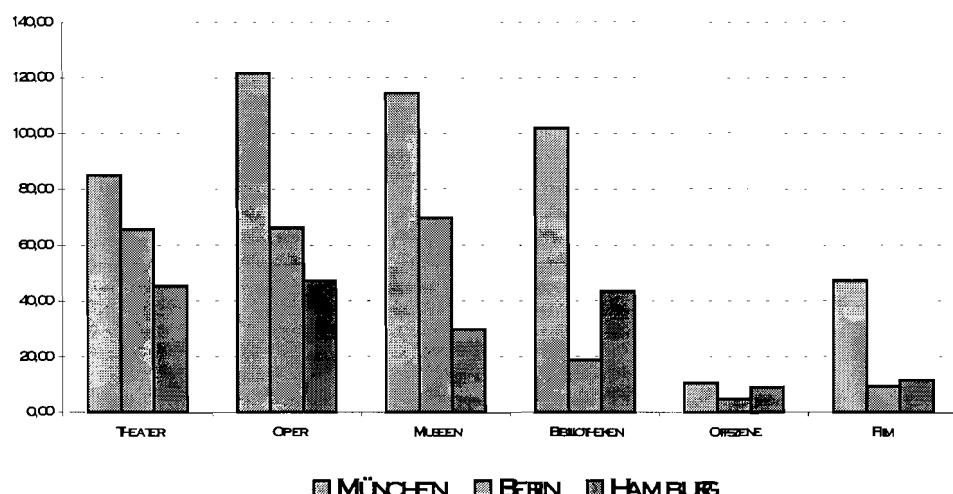
Liberale Kulturpolitik hat die Aufgabe, Eigenständigkeit, Wettbewerb und Initiative für künstlerische Aktivitäten zu fördern. Die kulturelle Entwicklung unserer Stadt lebt von der Kreativität der Künstler und Kulturschaffenden, der Akzeptanz der Kultureinrichtungen durch die Hamburger und durch auswärtige Gäste und von der Initiative unserer Bürger als Gestalter und Unterstützer, sei es als Mäzene oder Sponsoren.

Die Freie und Hansestadt Hamburg kann ihrem guten Ruf als weltoffene Stadt am besten dadurch Rechnung tragen, dass sie den bei uns lebenden ausländischen Mitbürgern die Ausübung ihrer jeweiligen kulturellen Gebräuche ermöglicht.

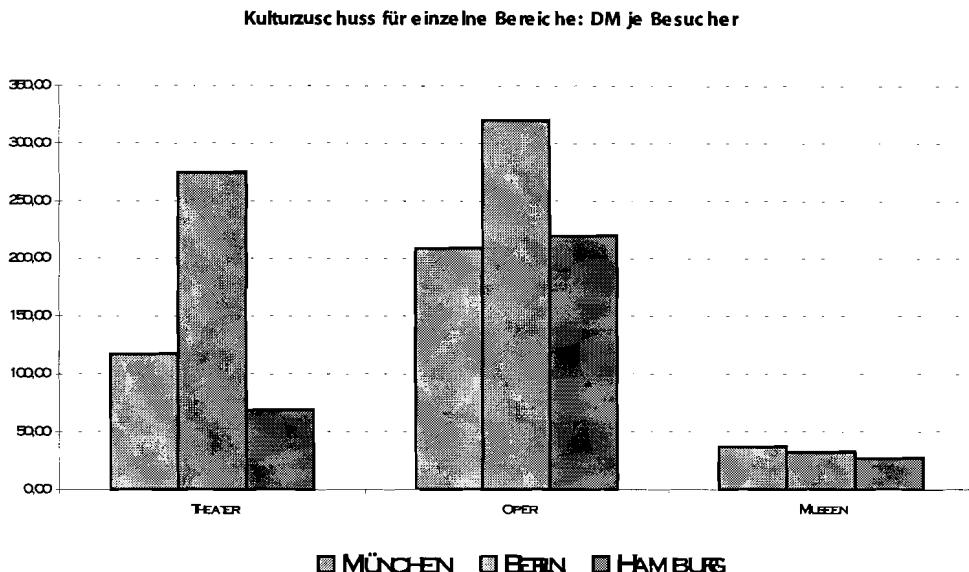
Hamburg steht im direkten Metropolenwettbewerb mit Berlin und muss seine Stärken im Kulturbereich herausstellen und neue Schwerpunkte entwickeln. Ohne deutlich stärkeres staatliches Engagement kann dieser Wettbewerb nicht erfolgreich bestritten werden.

Hamburg hat die Kulturpolitik seit 1992 stiefmütterlich behandelt und keine Akzente gesetzt. Der fortschrittlichen und vielfältigen Kulturszene Hamburgs steht eine strukturkonservative Kulturpolitik des Senats gegenüber.

Kulturzuschuss: DM je Einwohner für einzelne Bereiche



Quelle: Hamburger Abendblatt vom 17.02.2001



Quelle: Hamburger Abendblatt vom 17.02.2001

Die FDP will:

- eine Neustrukturierung der Kulturfinanzierung.

Liberale wollen neue Akzente im Bereich der Kulturpolitik setzen. Angemessene Rahmenbedingungen sollen ein attraktives Angebot im Bereich der öffentlichen Theater, Museen und Kulturdenkmäler unterstützen. Liberale setzen auch im Kulturbereich auf Privatisierung. Das Sponsoring soll durch die Möglichkeit steuerlicher Begünstigung gefördert werden. Kulturstiftungen verhindern eine einseitige kulturelle Ausrichtung.

Liberale kulturpolitische Schwerpunkte sind:

- die verstärkte Förderung der Staatstheater, insbesondere zur Nachwuchsförderung und als Beitrag zur Initiierung von Festspielwochen, die Hamburg und seine Beziehungen zum gesamten Europa in den Mittelpunkt stellen,
- die verstärkte Förderung privater Theater mit dem Ziel, in Mehrjahresprogrammen Spielstätten zu modernisieren und die Angebotsvielfalt auszuweiten,
- neue Konzepte im Bereich der Jugendkulturarbeit, mit dem Ziel, Jugendliche und Heranwachsende an kulturelle Angebote heranzuführen,
- die Förderung von Jugendkunstschulen, angelehnt an die Wettbewerbe „Jugend forscht“ oder „Jugend musiziert“,

- die Dezentralisierung der Förderung von Kulturinitiativen auf Bezirks- und Ortsamtsebene,
- die Erhöhung des Etats der Hamburger Bücherhallen, mit dem Ziel, die Anzahl der Bücherhallen wieder zu erhöhen,
- die Ermutigung privater Finanzierung für kulturelle Veranstaltungen, durch die Initiierung einer privatwirtschaftlich organisierten freien Agentur, die den Kontakt zwischen privaten Geldgebern und den Künstlern vermittelt,
- die Bereitstellung von brachliegenden Räumen zur Ausweitung des Übungs- und Spielstättenangebots für junge Musiker, Theaterinitiativen und bildende Künstler,
- der Erhalt der Vielfalt der Kinoangebote.

Welches Lebensgefühl in Hamburg vorherrscht, wird entscheidend durch sein Kulturangebot bestimmt. Kultur soll Tendenzen der Erstarrung, Bürokratisierung und Standardisierung entgegenwirken. Sie prägt entscheidend die geistigen Grundlagen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Handelns.

Für die Liberalen ist aber auch klar, dass die städtische Kulturpolitik nur den Rahmen für das kulturelle Leben in unserer Stadt setzen darf. Aus den Inhalten des Kulturbetriebs muss sich die Politik heraushalten. Gerade aus diesem Grund müssen Private motiviert und ermutigt werden, kulturelle Einrichtungen und Ereignisse mitzufinanzieren.

Angesichts der Breite der kulturellen Entfaltung kommt den Stadtteilen in der Kultur eine besondere Bedeutung zu. Geeignete Bücherhallen sollen zu kulturellen Stadtteilmittelpunkten ausgebaut werden.

Dem Denkmalschutz soll größere Bedeutung zukommen. Neben den anteilig erhöhten Etatmitteln der Kulturbehörde müssen in gleicher Höhe Etatmittel der Baubehörde zur Verfügung gestellt werden.

SOZIALES - POLITIK FÜR DIE GANZE GESELLSCHAFT

Ausdrücklich bekennt sich die FDP zur sozialen Verantwortung des Gemeinwesens für Bürger, die in Not geraten sind und ihren Lebensunterhalt nicht alleine bestreiten können. Besonderes Augenmerk gilt Kindern, alten Menschen, Alleinerziehenden, Kranken und Menschen mit Behinderung.

Darüber hinaus verstehen Liberale unter Sozialpolitik eine Politik für die gesamte Gesellschaft und nicht ausschließlich die Sorge um Randgruppen.

Liberale Sozialpolitik will dem Menschen zu seinem Recht auf ein menschenwürdiges Leben verhelfen und zu einer selbstverantwortlichen Lebensgestaltung ermutigen. Jedem individuellen Anspruchsrecht steht auch eine zumutbare Leistungspflicht des Empfängers gegenüber. Die Gegenleistung kann in der Aufnahme einer Weiterbildung oder Umschulung, in der Teilnahme an einer Therapie, in der Begründung eines Arbeitsverhältnisses oder in einer Arbeitsleistung für die Gemeinschaft liegen. Demjenigen, der die Chance auf Gegenleistung nicht wahrnehmen will, obwohl er es könnte, sollte in gleichem Maße sein Anspruch auf staatliche Transferleistungen gekürzt werden bis hin zum Ausschluss des Anspruchsrechts.

Sozialpolitik steht im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit; Liberale entscheiden sich im Zweifel für die Freiheit. Eine vollkommene Absicherung aller Lebensrisiken kann es nicht geben. Ein Übermaß an staatlicher Fürsorge hemmt Selbstverantwortung und Eigeninitiative, produziert umfangreiche Bürokratie und Ungerechtigkeit. Das derzeitige System hilft nicht den wirklich Bedürftigen, sondern denjenigen, die sich besonders gut darin auskennen.

Für Liberale kommt es nicht darauf an, dass möglichst viele Mittel in die Systeme der sozialen Umverteilung fließen, sondern dass den Bedürftigen möglichst effektiv ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Liberale ziehen Subjekthilfe der Objektsubvention vor, denn Sozialleistungen sollen soweit wie möglich direkt dem Empfänger zukommen, wie wir es für den Sozialen Wohnungsbau fordern.

SOZIALE TRANSFERLEISTUNGEN

Die FDP

- befürwortet die Förderung privat organisierter Selbsthilfe sowie den Ausbau der Sozialstationen zur Unterstützung privater Nachbarschaftshilfe,
- fordert eine Eigenleistung von Sozialhilfeempfängern, soweit sie hierzu in der Lage sind; wer Unterstützung von der Gesellschaft erhält, steht auch in der Pflicht zur Gegenleistung, ähnlich dem Lübecker Modell,
- will Sozialmissbrauch dadurch konsequent bekämpfen, dass Daten zwischen Sozialbehörden, Finanzämtern, Arbeitsämtern, Kraftfahrzeugzulassungsstellen und sonstigen Behörden, die finanzielle Aufwendungen leisten, abgeglichen werden,
- will die staatlichen Beschäftigungsgesellschaften abschaffen und deren Aufgaben auf privat zu gründende Beschäftigungsunternehmen übertragen,
- wird in der Obdachlosen- und Asylbetreuung einen ärztlichen und pflegerischen Notdienst im Sinne eines Streetworker - Dienstes durchführen und für ausreichend Obdachlosennotquartiere sorgen,
- wird die Vergabe von Sozialleistungen entbürokratisieren, um sie effektiver zu gestalten; hierfür sind die einzelnen Sozialtransfers stufenweise zusammenzufassen und in ein Bürgergeld zu überführen, das nunmehr von den Finanzämtern verwaltet wird.

Bedürftige haben Anspruch auf den Schutz und die Hilfe des Staates. Die Gesellschaft hat die Pflicht, in Not geratenen Menschen zu helfen, wieder auf eigenen Füßen stehen zu können. Diejenigen, die dazu dauerhaft nicht in der Lage sind, sollen auf einem Niveau versorgt werden, das dem allgemeinen Wohlstand angemessen ist. Dem „wieder - auf - die - Füße - Kommen“ dient auch die Pflicht zur Gegenleistung, die, soweit sie nicht in Aus- oder Fortbildung besteht, als Arbeitsleistung derjenigen erbracht werden soll, die dazu fähig sind. Wie das Beispiel Berlin gezeigt hat, reduziert sich dadurch die Zahl der Anträge auf Sozialleistungen und, aufgrund der offensichtlichen Missbrauchsbegrenzung, der Sozialhilfeaufwand insgesamt.

FAMILIENPOLITIK

Familienpolitik kann man nicht auf einen Bereich begrenzen, vielmehr zeigt sie sich in der Umsetzung aller Politikbereiche. Familie bedeutet für Liberale das Zusammenleben in Verantwortungsgemeinschaften mit Kindern. Diese Familien will die FDP nachhaltig stärken,

ihrer Entfaltungsmöglichkeiten verbessern und ihnen neue Zukunftschancen eröffnen. Sie wird darauf hinwirken,

- qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze bereitzustellen, für Frauen und Männer - auch in Führungspositionen,
- flexible Arbeitszeiten und Job - Sharing für Männer und Frauen einzurichten, ebenfalls auch in Führungspositionen,
- den Ausbau von Telearbeitsplätzen im Hamburger öffentlichen Dienst voranzutreiben,
- Angebote zur Wiedereingliederung in das Berufsleben, vor allem durch bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote mit flexibleren Öffnungszeiten zu ermöglichen,
- private Einrichtungen zur Kinderbetreuung zu fördern, denn diese können oft besser auf die Bedürfnisse der Eltern hinsichtlich der Öffnungszeiten und der Art der Betreuung eingehen,
- marktwirtschaftliche Instrumente bei der Tagespflege einzuführen, mit dem Ziel der Entwicklung einer freiberuflichen Tätigkeit der Tagesmütter in der Steuergesetzgebung,
- ein flächendeckendes Angebot von Ganztagschulen zu schaffen,
- private Familienagenturen, als Anlaufstelle für alle Leistungen rund um das Kind, z.B. Oma - Dienste zu fördern.

In Hamburg gibt es zunehmend Straßen und Viertel, in denen Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug die Lebensumstände der dort wohnenden Familien prägen.

Die Gefahr liegt darin, dass diese Lebensform sich über die Generationen fortsetzt und Kinder, die in diesem Umfeld aufwachsen, keine Anreize zu eigenverantwortlichem Handeln bekommen und die fehlende Erfahrung von Leistungsorientierung ihre eigenen Lebenschancen beeinträchtigt. Hier wollen wir uns dafür einsetzen, dass spezielle Hilfsangebote entwickelt werden, die diese jungen Menschen dazu befähigen, die Chancen für eine positive eigene Lebensgestaltung wahrzunehmen.

Neben der von der FDP gewollten Einführung des Bürgergeldsystems als Leistungsanreiz (siehe unten), gilt der Gestaltung von Rahmenbedingungen im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besondere Aufmerksamkeit. Die veränderten Strukturen des Arbeitsmarktes durch die neuen Technologien eröffnen alleinerziehenden Vätern und Müttern bessere Möglichkeiten, selbst den Lebensunterhalt für sich und ihre Kinder durch qualifizierte Erwerbsarbeit zu sichern, ohne die erzieherische Arbeit vernachlässigen zu müssen. Die Politik hat dies zu begleiten durch Flexibilisierung des Arbeitsrechts und eines sich an den Bedürfnissen der Eltern anpassenden Kinderbetreuungsangebots.

Kinder und Jugendliche

Die Chancen, die wir heranwachsenden Generationen einräumen, entscheiden wesentlich über das Schicksal unserer Gesellschaft wie auch über die Zukunft des Einzelnen. Sie sind zugleich ein Maß für Humanität und Toleranz in unserer Gesellschaft.

Um eine größtmögliche Vielfalt aller Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit zu erreichen, haben private Träger für die FDP Vorrang vor staatlichen Einrichtungen:

- Wir wollen den Betrieb staatlicher Einrichtungen regelmäßig ausschreiben.
- Notwendig ist auch der Abbau bürokratischer Hemmnisse für private Träger, die neue Betreuungsplätze schaffen wollen.

In der Kindertagesbetreuung will die FDP

- eine ausreichende, das heißt am tatsächlichen Bedarf orientierte, kostenlose Bereitstellung von Krippen und Hortplätzen mit familienfreundlichen Öffnungszeiten,
- eine bedarfsgerechte, kostenlose Bereitstellung von Elementarplätzen im Sechs- und Acht - Stunden Bereich,
- durchschaubare Vergabekriterien bei den Ämtern für soziale Dienste,
- die Verbesserung der Bedingungen für Tagesmütter und -väter, sowie regelmäßige Kontrollen dieser Betreuungsstellen.

Die Betreuung unserer Kinder ist eine Investition in die Zukunft unserer Stadt. Wenn hier Versäumnisse zugelassen werden, tragen alle daran - auch Kinderlose. Die derzeitige Senatspolitik spart am falschen Ende, nämlich auf der Betreuungs- statt auf der Verwaltungsseite. Die F.D.P befürwortet die Kita - Card als Instrument zur Schaffung marktwirtschaftlicher Verhältnisse im Bereich der Kinderbetreuung. Eltern sollen und müssen durch ihre Nutzung in die Lage versetzt werden, Einfluss zu nehmen auf Öffnungszeiten, pädagogische Konzepte und Platzangebote. Jedem Kind muss - unabhängig vom Einkommen seiner Eltern - der Besuch einer Kindertageseinrichtung ermöglicht werden. Tagesmütter und -väter sind für viele Familien eine Alternative zum regelmäßigen Besuch einer Kindertagesstätte, sie brauchen Unterstützung, aber auch Qualitätskontrolle.

Die FDP will bei den offenen Betreuungsangeboten

- die Öffnungszeiten der Häuser der Jugend an die tatsächlichen Bedürfnisse der Jugendlichen anpassen,

- den Häusern der Jugend vor Ort mehr Freiraum geben, in Zusammenarbeit mit den Kindern und Jugendlichen selbst zu entscheiden, welche Angebote in ihrem Stadtteil benötigt werden,
- mehr betreute Spielplatzheime und Bauspielplätze,
- Schulhöfe generell bis 22:00 Uhr an allen Wochentagen öffnen.

Häuser der Jugend sind wichtige Treffpunkte für Kinder und Jugendliche. Leider sind diese Treffpunkte jedoch oft dann nicht zu erreichen, wenn gerade die älteren Jugendlichen sie brauchen. Ein Haus der Jugend, das unter der Woche bereits um 17.30 Uhr schließt oder am Wochenende gar nicht öffnet, hat seinen Zweck verfehlt. Hier wollen wir Abhilfe schaffen, um Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitgestaltung zu ermöglichen. Die Erzieher vor Ort wissen besser als die Verwaltung im Jugendamt des Bezirks, was die Kinder und Jugendlichen an Angeboten brauchen. Deshalb werden wir uns für eine weitgehende Budgetierung aller Häuser der Jugend in Hamburg einsetzen.

Betreute Spielplatzheime und Bauspielplätze sind wichtige Einrichtungen für Kinder, die eine unregelmäßige Betreuung brauchen und für die deshalb Kindertagesstätten nicht in Betracht kommen. Sie sollten als Träger offener Angebote mit den Häusern der Jugend kooperieren.

In Bezug auf die Erziehung schwieriger Jugendlicher will die FDP

- die Erziehungsberatung verbessern und ausbauen,
- die psychologische und psychiatrische Hilfe für schwierige Schüler wieder dezentralisieren.

Erziehungsberatung und Hilfen zur Erziehung sind wichtige Bausteine um Eltern, die Probleme mit ihren Kindern haben, zu helfen. Eine gute Erziehungsberatung ist Hilfe zur Selbsthilfe und versetzt auch labile oder selbst gefährdete Eltern in die Lage, dafür zu sorgen, dass ihre Kinder nicht auf die schiefe Bahn geraten. Deshalb sind Wartezeiten beim Jugendamt von bis zu zwei Monaten nicht hinnehmbar. Hier zu investieren vermeidet Folgekosten im Bereich der Polizei und der Strafverfolgung. Ob die Schaffung der zentralen Beratungseinheiten REBUS sich auf Dauer als sinnvoll erweisen wird oder nicht, ist noch nicht absehbar. Die Zerschlagung der bisherigen schulpsychologischen Strukturen vor Schaffung neuer geeigneter Arbeitsbedingungen und -konzepte zeigt jedoch, dass der Senat die Probleme der Zeit nicht erkannt hat. Die FDP will dafür sorgen, dass in Zukunft verhaltensauffälligen Schülern wieder schnell und wirksam geholfen werden kann.

GLEICHGESCHLECHTLICHE PARTNERSCHAFTEN

Die FDP wird

- den Abbau von Diskriminierungen und Vorurteilen gegenüber Schwulen und Lesben auf allen Ebenen weiter vorantreiben,
- den symbolischen Akt der Partnerschaftsschließung als „Hamburger Ehe“ auf dem Standesamt beibehalten.

Zusätzlich zu der Absicht im Gesetzentwurf der FDP - Bundestagsfraktion, den Abschluss einer eingetragenen Partnerschaft vor dem Notar einzuführen, sollte dem Wunsch gleichgeschlechtlicher Paare nach einer staatlichen Würdigung ihrer Verantwortungsgemeinschaft Rechnung getragen werden.

SENIORENPOLITIK

Die FDP will eine verbesserte Integration der Senioren in unsere Gesellschaft. Dazu gehört auch mehr Hilfe zur Selbsthilfe, welche die FDP für alte Menschen gewährleisten will:

- ein möglichst langes Leben in vertrauter Umgebung und gewohnter Lebensweise. Dazu sind Wohnungsbaukonzepte zu entwickeln, die ein Zusammenleben von Alt und Jung ermöglichen und neben gegenseitiger Hilfe auch die Teilnahme am Gemeinschaftsleben bieten.
- die Anregung zur Einrichtung von Börsen für den Tausch großer in altersgerechte Wohnungen, Beratungsangebote, sowie gegebenenfalls finanzielle Hilfe zum altengerechten Ausbau der eigenen Wohnung als Alternative zur Heimunterbringung.
- die Übernahme des Konzepts des „Betreuten Wohnens“ aus der Behindertenbetreuung als Ergänzung der Sonderwohnformen in der Altenhilfe.
- einen Sportstättenbau, der auch für ältere Menschen geeignet und attraktiv ist.
- eine Leistungs- und Qualitätskontrolle staatlicher wie privater stationärer Pflegeeinrichtungen, sowie ambulanter Pflegedienste durch die Kostenträger.
- die Abrechnungsfähigkeit aller erforderlichen Leistungen der ambulanten Kranken- und Altenpflege.

Erst wenn dieses nicht ausreicht, muss für zusätzliche Unterstützung gesorgt werden, wobei nach dem Grundsatz der Subsidiarität zunächst die Familie, danach anderweitiges privates Engagement von Vereinen, Verbänden, Religionsgemeinschaften und privatwirtschaftlich organisierten Hilfseinrichtungen gefordert ist, bevor der Staat eintritt.

Seniorensport sichert die Lebensqualität älterer Menschen und gewinnt angesichts der stetigen Veränderung der Altersstruktur unserer Gesellschaft zunehmend an Bedeutung.

Für die Pflegebedürftigen wollen wir

- neue Altenwohnanlagen möglichst in bestehende Wohnquartiere oder nahe innerstädtischer Zentren errichten,
- Anlagen mit zentralen privatwirtschaftlichen Versorgungseinrichtungen schaffen, die von den Bewohnern nach Bedarf und zu gestaffelten Gebühren genutzt werden können,
- die Einrichtungen der Heime, insbesondere den Kommunikationsbereich, auch alten Menschen, die außerhalb leben, zugänglich machen.

Die grundgesetzlich garantierte Unantastbarkeit der Menschenwürde muss auch im Alter und bei Pflegebedürftigkeit gewährleistet werden. Außerdem wollen wir durch obige Maßnahmen die Integration der Bewohner von Heimen in ihr gesellschaftliches Umfeld verbessern und Pflegebedürftigen eine menschliche Betreuung sichern.

MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Menschen mit Behinderung dürfen in der Gesellschaft nicht benachteiligt werden. Die Förderung, Weiterentwicklung und damit Lebensqualität der Behinderten muss auch im Erwachsenenalter so weit wie möglich gewährleistet werden.

Deshalb setzen sich die Liberalen dafür ein, dass

- bei Menschen mit schweren Behinderungen, die Anspruch auf Pflegegeld haben, die Priorität der Eingliederungshilfe gewahrt bleibt,
- die Verpflichtung zur Einrichtung von Arbeitsplätzen für Schwerbehinderte in der Praxis stärker durchgesetzt wird,
- in den Werkstätten für Behinderte nicht die Gewinnerzielung, sondern die Förderung der individuellen Leistungsfähigkeit insbesondere durch Arbeitsassistenz im Vordergrund steht,
- die durch die Veränderung der Bewohnerstruktur in den Wohngruppen notwendige Erhöhung des Betreuungsschlüssels durch eine entsprechende Erhöhung des Betreuungssatzes ermöglicht wird,
- die familienentlastenden Dienste stärker ausgebaut werden.

In Hamburg wird die sozialpädagogische Betreuung in der Behindertenpflege zunehmend eingeschränkt. Dieser Entwicklung gilt es Einhalt zu gebieten, weil die Behinderten eingeübte

Fähigkeiten wieder verlernen und dadurch in ihrer Lebensqualität erhebliche Einbuße erleiden.

Arbeit ist auch bei behinderten Menschen Lebensinhalt und Selbstbestätigung. Die FDP setzt ihr besonderes Augenmerk darauf, dass auch schwerst und mehrfach behinderte Menschen durch angemessene individuelle Betätigungen im Sinne von Arbeit ihr Selbstvertrauen stärken können und so Chancen für ihr Fortkommen und ihre Entwicklung erhalten.

Behinderte Menschen haben ein Recht auf ein angemessen eigenständiges Wohnen mit entsprechender Unterstützung. Das ist nicht mehr gewährleistet, denn die Pauschalsätze für Pflegegruppen sind unzureichend, da sich das Verhältnis von leichten hin zu schweren Pflegefällen verschoben hat, weil viele Leichtbehinderte inzwischen aus den Pflegegruppen ausgeschieden und in „Betreutes Wohnen“ gewechselt sind.

Die Familien, die mit aufopferungsvollen Leistungen ihre behinderten Angehörigen oft bis ins hohe Alter im Hause betreuen, müssen besser als bisher unterstützt werden, damit sie selbst auch noch am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

SPORT

Die FDP will die Rahmenbedingungen für den Breiten- und Leistungssport verbessern und dazu

- die stadteigenen Aus- und Fortbildungsstätten im Fachbereich Sportwissenschaften an der Universität und im Institut für Lehrerfortbildung zu günstigen Konditionen auch für Trainer und Übungsleiter der Vereine öffnen,
- die Sporteinrichtungen der allgemeinbildenden Schulen für Vereinssport insoweit kostenfrei zur Verfügung stellen, als es sich um Jugend-, Amateur- und Breitensport handelt,
- die vorhandenen Sportanlagen renovieren und ihre Ausstattung verbessern,
- den Sportunterricht an den allgemeinbildenden Schulen ausbauen,
- die Jahnkampfbahn oder die Anlage im Hammer Park für die Durchführung von Leichtathletik - Großveranstaltungen ausbauen,
- eine Bewerbung Hamburgs um die Austragung der Olympischen Sommerspiele 2012 in die Wege leiten.

Der Leistungssport hat Vorbildfunktion für den Breitensport, denn er schafft für die Menschen Anreize, sich selbst sportlich zu betätigen. Nach dem Umbau des Volksparkstadions zu einer reinen Fußballarena droht die Leichtathletik zum Stiefkind des Hamburger Sports zu werden, denn es fehlt ein Stadion für Großveranstaltungen. Die Austragung olympischer Spiele ist von herausragender Bedeutung für die Region und bewirkt eine nachhaltige Stärkung der sportlichen Infrastruktur.

Kommerzielle Sporteinrichtungen sind für die FDP eine willkommene Ergänzung und Erweiterung des Sportangebotes, wobei materielle Unterstützung lediglich den gemeinnützigen Vereinen, Verbänden und Einrichtungen vorbehalten bleiben soll, die einer Überprüfung auf sachgerechte Mittelverwendung unterliegen und nicht auf Gewinn ausgerichtet sind.

GESUNDHEIT

Leitbild liberaler Gesundheitspolitik ist der freie, eigenverantwortlich handelnde Bürger. Gesundheit und Krankheit sind persönliches Schicksal. Der Staat kann lediglich die sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schaffen, unter denen der Einzelne befähigt wird, dieses zu meistern. Nur wenn die individuelle Kraft und Leistungsfähigkeit nicht ausreichen, tritt die Solidargemeinschaft ein.

Die FDP will

- die Trägervielfalt der Hamburger Krankenhäuser mit qualifizierten Belegkrankenhäusern erhalten,
- den Landesbetrieb Krankenhäuser als Anstalt öffentlichen Rechts auflösen, die Krankenhäuser in gemeinnützige Stiftungen einbringen und die staatliche Einflussnahme auf die Aufsichtspflicht begrenzen,
- die überschuldete und für die Stadt und die Kassenmitglieder hohe Kosten verursachende „BKK Stadt Hamburg“ schließen,
- die Investitionsfördermittel für Krankenhäuser leistungsbezogen verteilen,
- neben dem UKE zwei Krankenhäuser mit Maximalversorgung als Zentralkrankenhäuser wieder mit allen Fachabteilungen ausstatten, die einen Aufnahme- und Unfalldienst mit einem Schichtdienst rund um die Uhr gewährleisten,
- die übrigen Krankenhäuser zu Häusern der Grund- und Regelversorgung mit fachlich zugewiesenen Schwerpunkten oder Spezialisierungen umwandeln, die in der Lage sind, 80 % der Krankenhausbehandlungen durchzuführen,
- die feste Verteilung von Betten auf Fachabteilungen aufheben,

- eine kinderärztliche Notfallambulanz in Bergedorf einrichten,
- ein an der Qualitätssicherung der Industrie orientiertes Qualitätssicherungs- und Zertifizierungssystem für alle Krankenhäuser und Praxen einführen,
- die krankenhäusliche und praktische Betreuung mit der arbeitsmedizinischen Betreuung der Patienten vernetzen,
- Selbsthilfegruppen, die sich der Bewältigung schwerer chronischer Krankheiten widmen, fördern,
- regelmäßige Schuleingangs- und -entlassungsuntersuchungen und eine Gesundheitserziehung durch Ärzte in den Schulen vorschreiben,
- sozial benachteiligte und schutzbedürftige Personen mit gesundheitsfördernden Maßnahmen unterstützen, z.B. durch eine bessere medizinische Versorgung in Wohnheimen und für Obdachlose,
- neue Strategien der AIDS - Präventionsarbeit entwickeln, mit denen vor allem jüngere Menschen angesprochen werden, die einem verstärkten Infektionsrisiko ausgesetzt sind und dabei die Art und Weise des Einsatzes öffentlicher Mittel einer stetigen Überprüfung und Bewertung unterziehen.

Im Gesundheitssystem soll der Bürger die Entscheidung über seine Untersuchungen und Behandlungen selbst treffen können. Das setzt Transparenz voraus. So müssen Patienten schriftliche Informationen über Diagnosen, erbrachte Leistungsziffern und Behandlungstage erhalten. Dafür bedarf es lediglich der politischen Umsetzung des Gesundheitsreformänderungsgesetzes vom 1. Juli 1998.

Auch im Verhältnis von Krankenkassen zu Versicherten muss die Transparenz erhöht werden, z.B. durch Aufschlüsselung der Krankenkassenbeiträge nach ambulanten, stationären, zahnärztlichen und Lohnfortzahlungsleistungen.

Langfristig will die FDP das Sachleistungsprinzip durch ein Kostenerstattungssystem ersetzen.

BUNDESRATSINITIATIVEN

Zur Stabilisierung des Sozialstaates will die FDP die

- Reform der sozialen Sicherungssysteme, mit dem Ziel, diese auf ihre eigentliche Aufgabe der Risikoabsicherung zurückzuführen und so wieder bezahlbar zu machen,
- die Einführung des Bürgergeldes.

Unsere sozialen Sicherungssysteme kranken an der in der Vergangenheit eingerissenen Unsitte, Transfer- und Versicherungsleistungen ständig zu vermischen. Dieses wieder zu bereinigen, die Versicherungssysteme auf ihre eigentliche Aufgabe der Risikoabsicherung zurückzuführen, hat sich die FDP vorgenommen. Beiträge sollen künftig ausschließlich zur Bedienung der Versicherungsfälle verwendet und Transferleistungen des Staates durch diesen selbst abgewickelt werden. Das sorgt für Transparenz in der Umverteilungspolitik, macht die einzelnen Maßnahmen in ihren Zielen für die Leistungsträger durchschaubar und für die Leistungsempfänger berechenbar. Zum Beispiel sind ABM und sonstige Beschäftigungsförderungsmaßnahmen keine originären Versicherungsleistungen sondern staatliche Sozialtransfers, die dann auch nicht durch die Arbeitslosenversicherung, sondern durch den Staat direkt finanziert werden müssen.

Das Bürgergeldsystem verbindet Einkommensbesteuerung, steuerliche Freibeträge und steuerfinanzierte Sozialleistungen zu einem in sich widerspruchsfreien System. Bei niedrigen Einkommen erhält der Bürger „Bürgergeld“. Steigt sein Einkommen, wird der Bürgergeldanspruch zum einkommenssteuerlichen bzw. lohnsteuerlichen Freibetrag. Geht sein Einkommen darüber hinaus, entsteht Steuerpflicht, wobei in der Übergangsphase Erwerbseinkommen nur teilweise angerechnet werden, um Anreize für eigene Leistung zu schaffen.

WIRTSCHAFT - WOHLSTAND FÜR ALLE

Im 21. Jahrhundert steht die Wirtschaftsmetropole Hamburg vor großen Herausforderungen. Die deutsche Einheit und die fortschreitende Erweiterung der Europäischen Union bieten die Chance, Hamburg zu einer europäischen Wirtschafts- und Handelsmetropole auszubauen.

Mit Berlin und der Öresund - Region (Kopenhagen, Malmö) sind zwei neue Wirtschaftszentren in direkter Konkurrenz zu Hamburg entstanden. Daher gilt es, im Wettbewerb die Stärken von Hamburg weiter zu entwickeln. Gleichzeitig muss eine Kooperation im Dreieck Hamburg/Berlin/Öresund angestrebt werden, die es dem Norden erlaubt, sich gemeinsam den Anforderungen des Weltmarktes zu stellen.

Visionäre Gestaltungskraft ist gefragt, die Hamburg als Tor zu Nordeuropa sieht, mit Verkehrs- und Handelsverbindungen zu den Ostseeanrainern und den mittel- ost-europäischen Staaten. Um Hamburg zu einer derartigen Metropole zu entwickeln, müssen die Hauptursachen einer wirtschaftshemmenden Politik beseitigt werden. Dazu gehört in erster Linie eine deutliche Rückführung der viel zu hohen Staatsquote.

Die FDP setzt sich für die nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Hamburg ein durch

- eine Bildungsoffensive,
- eine konsequente Haushaltssanierung,
- eine erhebliche Verbesserung der Verkehrsstruktur und Stadtentwicklung.

Die Bildungs- und Wissenschaftspolitik in dieser Stadt muss mit dem Ziel, eine Spitzenposition bei Bildung und Wissenschaft einzunehmen, reformiert werden (vgl. Kapitel Bildung). Um wieder Handlungsspielräume für zukünftige Investitionen zu erhalten, muss die verantwortungslose, zu Lasten der nächsten Generationen betriebene Verschuldungspolitik beendet werden (vgl. Kapitel Finanzen).

Großsubventionen wie die Subvention zur Aufschüttung des Mühlenberger Lochs in Höhe von mindestens 1,3 Mrd. DM sind nur dann als eine Investition in Hamburgs Zukunft zu akzeptieren, wenn ein „return on invest“ einschließlich einer marktgerechten Verzinsung sichergestellt ist.

GEWERBEFLÄCHEN

Die FDP will mehr Gewerbeblächen schaffen. Unter dem Motto „Wohnen und Arbeiten“ sollen vermehrt kleinflächige Gewerbeblächen ausgewiesen und erschlossen werden.

Für Existenzgründer und für die neuen Technologien sind im Wege des Erbbaurechts und/ oder preisreduzierter Flächenangebote Anreize zu schaffen, sich in Hamburg und nicht im Umland anzusiedeln (sog. Gewerbehöfe).

HAMBURGER HAFEN

Zur Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Hafens fordert die FDP:

- die planmäßige Vollendung der Hafenerweiterung Altenwerder,
- eine zügige Prüfung, ob eine weitere Fahrrinnenvertiefungsanpassung der Elbe wirtschaftlich geboten und ökologisch vertretbar ist und eine schnelle Umsetzung dieser Ergebnisse,
- die Überführung der Behörde für Strom- und Hafenbau in eine privatwirtschaftliche Rechtsform nach dem Bremer Modell,
- die Reduzierung der Subventionen muss im Einklang mit den anderen deutschen und europäischen Häfen durchgeführt werden,
- Ausbau der Anbindungen des Hafens an das Straßen- und Schienennetz, ohne den der Hamburger Hafen zum Nadelöhr für den Warenaumschlag wird,
- zur Stärkung der Binnenschifffahrt als umweltfreundliches Verkehrssystem den Ausbau der Wasserverkehrswege oberhalb Hamburgs unter Beachtung ökologischer Belange,
- eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Ostseehäfen aller Ostsee - Anrainerstaaten.

Der Hamburger Hafen stellt einen wichtigen Standortvorteil der Stadt Hamburg dar. Er ist die zentrale Drehscheibe des nordeuropäischen Warenverkehrs, dessen Bedeutung durch die EU - Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Staaten noch weiter steigen wird.

Angesichts der Konkurrenz mit den anderen europäischen Häfen müssen die Rahmenbedingungen des Hamburger Hafens durch die oben genannten Maßnahmen verbessert werden. Insbesondere muss angesichts der immer größer werdenden Containerschiffe untersucht werden, inwieweit ein ökonomischer Bedarf für eine weitere Elbvertiefung besteht und welche Folgen diese für den gesamten Elbraum hätte. Die FDP wird sich dabei für eine zügige Umsetzung der Ergebnisse einsetzen, da eine 10 - jährige Planungsphase - wie bei der letzten Vertiefung - die Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Hafens gefährden würde.

BÜROKRATIELASTEN

Die FDP will die Bürokratielasten für die Wirtschaft abbauen durch

- die Reform landesgesetzlicher Vorschriften, gerade im Bau- und Arbeitsstättenrecht und bei den Durchführungsverordnungen zu Bundesgesetzen, die zu Überregulierung und Kostenbelastungen führen,
- die Ausweitung von Genehmigungsfiktionen, nach denen gestellte Anträge binnen zweier Monate beschieden werden müssen und andernfalls als bewilligt gelten.

Ziel liberaler Wirtschaftspolitik ist die nachhaltige Entlastung der Wirtschaft, um ein freundliches Klima für neue Investitionen und somit für neue Arbeitsplätze zu schaffen. In der Vergangenheit wurden Unternehmen in Hamburg durch zu hohe Abgaben und Gebühren und durch die Verlagerung von Verwaltungsaufgaben auf die betriebliche Ebene erheblich belastet. Durch behördliche Auflagen, komplizierte Genehmigungsverfahren, Datenerfassungen und komplizierte Steuergesetzgebung wird jeder Arbeitsplatz in einem Unternehmen unnötig verteuert. Die Liberalen wollen diese staatliche Regulierungswut zu Lasten der Wirtschaft beenden.

EXISTENZGRÜNDUNG

Wir wollen Existenzgründungen fördern, indem wir

- bestehende Fördermöglichkeiten straffen und vereinfachen; alle Förderleistungen der EU, des Bundes und des Landes werden innerhalb der Wirtschaftsbehörde so weit wie möglich in einem Fonds zusammengefasst,
- zukünftig eine Gesamtförderung anhand eines Antrages und eines Förderkataloges einführen.

Der Schlüssel zu mehr Arbeitsplätzen liegt bei den kleinen und mittleren Unternehmen und insbesondere bei Existenzgründern. Um Unternehmensgründern den Weg in die Selbstständigkeit zu erleichtern, soll die Transparenz bei den verschiedenen Fördermöglichkeiten durch die oben genannten Maßnahmen erhöht werden. Die FDP wird insbesondere dafür sorgen, dass die Förderung von Handwerksbetrieben im Rahmen von Existenzgründerprogrammen ausgebaut und die seit 1994 vorgenommenen Kürzungen der Zuschüsse für Betriebsgründungen zurückgenommen werden.

MEDIEN

Die FDP will die Hamburgische Anstalt für Medien (HAM) abschaffen.

Für Hamburg als herausragenden Medienstandort ist es von großer Bedeutung, dass sich die Unternehmer auf eine unbürokratische und anhand bundeseinheitlicher Kriterien vorzunehmende Zulassung verlassen können. Daher fordern die Liberalen zur Verbesserung der Investitionssicherheit, dass für die Zulassung und Kontrolle privater Rundfunk- und Fernsehveranstalter eine bundeseinheitliche Stelle geschaffen wird. Die HAM als Landesmedienanstalt wird dadurch überflüssig und ist abzuschaffen. Zukünftig soll die Kabelbelegung, wie für das digitale Fernsehen bereits im Rundfunkstaatsvertrag geregelt durch die Netzbetreiber vorgenommen werden. Eine bundeseinheitliche Vielfaltskontrolle soll nur noch in Streitfällen stattfinden.

PRIVATISIERUNG

Die FDP wird eine entschlossene Privatisierungspolitik in der Freien und Hansestadt Hamburg betreiben. Insbesondere sollen die folgenden Einrichtungen vollständig privatisiert werden:

- Hamburgische Elektrizitätswerke AG
- Hamburger Hafen - und Lagerhaus AG
- Hamburgische Landesbank AG
- Flughafen Hamburg GmbH
- TEREG (Gebäudereinigung)
- Stadtreinigung Hamburg
- Hamburger Stadtentwässerung
- Hamburger Wasserwerke GmbH
- Landesbetrieb Krankenhäuser

Geeignete Wohnungen aus dem Bestand von GWG und SAGA sind an die Mieter zu verkaufen. Kommt ein Verkauf an die Mieter nicht in Betracht, so sollen die Wohnungen in Mietergenossenschaften eingebbracht werden.

Es ist nicht Aufgabe des Staates, mit Wirtschaftsbetrieben selbst am Wirtschaftsgeschehen teilzunehmen, zumal der Staat seinen Unternehmen einen unaufholbaren Wettbewerbsvorteil verschafft, indem er sie mit staatlichen Zuschüssen vor der Insolvenz bewahren kann. Die Liberalen wollen daher eine echte Privatisierung durch Veräußerungen der staatlichen Unternehmen bzw. Unternehmensbeteiligungen. In Zukunft sollen diese

Unternehmen durch privates Management geleitet werden und nicht mittels verkrusteter Führungsstrukturen mit hohem gewerkschaftlichen und/ oder politischem Einfluss. Die Privatisierungserlöse sind zur Schuldentilgung zu verwenden.

VERBRAUCHERSCHUTZ

Die FDP wird sich in Bürgerschaft und Senat, im Bundesrat und den europäischen Gremien für einen verstärkten Verbraucherschutz einsetzen, insbesondere durch

- Neustrukturierung der Verbraucherschutzkompetenzen in Hamburg,
- Ausreichende Ausstattung der Verbraucherzentrale,
- Definition von Qualitätsstandards für Produkte und Produktion,
- Vollständige Kennzeichnung von Lebens- und Futtermitteln,
- Verschärfte strafrechtliche Verantwortlichkeit bei Missachtung verbraucherschützender Regelungen,
- Stärkung der betrieblichen Eigenkontrolle,
- Verbesserung des Tierschutzes auf nationaler und europäischer Ebene,
- Intensivierung der BSE - Ursachenforschung.

Der Schutz der Gesundheit und der Sicherheit der Verbraucher hat hohe Priorität für die FDP, er darf nicht durch völlig verkrustete Strukturen einer überforderten Behörde und unklare Kompetenzverteilung geschwächt oder behindert werden. Das Versagen der Sozialbehörde in den letzten Monaten zeigt, dass eine effektivere Organisationsstruktur erforderlich ist. Zeitgleich muss die Verbraucherzentrale mit den notwendigen Mitteln zur Erfüllung ihrer Aufgaben ausgestattet werden. Die Verbraucher benötigen anbieterunabhängige, wissenschaftlich gesicherte Informationen über Waren und deren Produktbedingungen sowie über Dienstleistungen. Betriebliche Eigenkontrolle und Qualitätsmanagement fördern den Wettbewerb und die Eigenverantwortung als Ausweg aus der gegenwärtigen Vertrauenskrise.

NORDSTAAT

Die FDP will nordstaatliche Strukturen schaffen. Um ein Planungsnebeneinander oder - gegeneinander zu vermeiden, fordern die Liberalen eine verstärkte Zusammenarbeit der Freien und Hansestadt Hamburg mit den benachbarten Landesregierungen - aber auch mit den angrenzenden Gemeinden und Landkreisen - zur Entwicklung einer gemeinsamen norddeutschen Wirtschaftsmetropole.

BUNDESRATSINITIATIVEN

Eine neue Landesregierung unter der Beteiligung der FDP wird sich für Bundesratsinitiativen mit folgenden Zielen einsetzen:

- Sicherung der Interessen des Stadtstaates und der Hafenstadt Hamburg im Zuge der Verhandlungen zur Neugestaltung des Länderfinanzausgleiches,
- Änderung des Einkommenssteuer - Zerlegungsgesetzes,
- Verminderung der staatsverwaltenden Tätigkeit von klein- und mittelständischen Betrieben,
- vollständige Aufhebung des Ladenschlussgesetzes,
- Wiederherstellung der bis 1998 geltenden Regelungen zu den 630 DM - Jobs,
- weitere Verbesserungen der Regelungen zur sog. Scheinselbstständigkeit,
- Liberalisierung des Arbeitsmarktes und des Arbeitsrechtes,
- Rückkehr zu einer maßvollen Mitbestimmung anstelle des novellierten Betriebsverfassungsgesetzes.

VERKEHR - WIR BRINGEN HAMBURG IN BEWEGUNG

Mobilität und weltweiter Personen- und Warenverkehr sind die Zeichen unserer Zeit. Ziel einer modernen Verkehrspolitik ist es, Mobilität für Personen und Güter umweltgerecht zu sichern. Dazu müssen alle Verkehrsträger ihren Beitrag leisten. Eine zukunftsorientierte Mobilitätssicherung erfordert ein effektives und wirtschaftlich effizientes Zusammenwirken von Straßen- und Schienenverkehr, von Wasserstraßen- und Luftverkehr.

Der Einsatz von Telematik, die Nutzung moderner Verkehrsmanagement- und Logistiksysteme, sowie eine bessere Verkehrsorganisation sind die wesentlichen Bausteine für ein leistungsfähigeres Verkehrssystem. Ständige Zuwachsraten, sowohl im Güter- als auch im Personentransport sind Sachzwänge, auf die Politik mit zukunftsorientierten Konzepten Antworten finden muss. Verkehr lässt sich nicht wegideologisieren, auch Hamburg muss diese Zeichen erkennen und sinnvolle verkehrsplanerische Maßnahmen ergreifen.

Dies gilt umso mehr, als Hamburg als ständig wachsender Wirtschaftsstandort und bedeutender europäischer Verkehrsknotenpunkt auf eine gute Verkehrsinfrastruktur angewiesen ist. Häufige Staus an den Hamburger Elbquerungen und im innerstädtischen Bereich zeugen von der Unfähigkeit bisheriger Regierungen, in Norddeutschland eine zukunftsorientierte verkehrspolitische Zusammenarbeit zu gestalten.

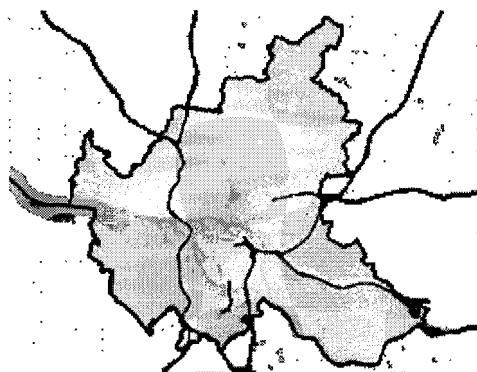
Hamburg braucht ein verkehrspolitisches Gesamtkonzept, das sowohl überregionale als auch innerstädtische Gegebenheiten berücksichtigt. Die FDP will für Hamburg verkehrspolitische Zeichen setzen. Ein klares Ja zum Auto und der damit verbundenen individuellen Freiheit gehören genauso dazu wie der Wirtschaftsverkehr, ein moderner, komfortabler Personennahverkehr und die Einbindung anderer Verkehrsmittel, wie z.B. das Fahrrad. Sie bietet als einzige Partei ein schlüssiges Konzept mit sinnvollen verkehrsplanerischen Maßnahmen für die Herausforderungen von heute und morgen.

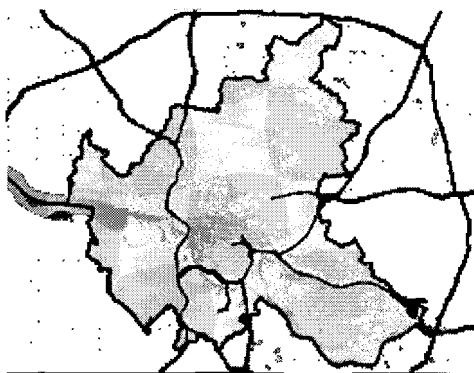
HAMBURG ZENTRUM ÜBERREGIONALER STRAßENVERKEHRSVERBINDUNGEN

Hamburg braucht

- eine Hamburg - nahe Autobahnverbindung (Nordspange) zwischen A 23, A 7 und A 1, A 24,
- eine westliche Elbquerung mit der A 20 bei Glücksstadt,
- im weiteren Verlauf der A 20 südlich der Elbe ein gemeinsames Raumordnungsverfahren mit Niedersachsen und Schleswig - Holstein, um einen sinnvollen Anschluss in Richtung Süden und Westen sicherzustellen,
- die A 26; eine Trassenführung durch das Alte Land ist zu vermeiden,
- östlich von Hamburg in Fortführung der Ringlösung die Verklammerung von A 20, A 24, A 25 und A 1 einschließlich einer weiteren Elbquerung (A 250, A 21),
- den sechsspurigen Ausbau der A 7 bis zum Abzweig Kiel und achtspurig mit Standbuchten auf Hamburger Gebiet von dem Autobahndreieck Hamburg - Südwest bis zum Dreieck Nordwest,
- eine schnelle Realisierung des Autobahndeckels in Othmarschen und Bahrenfeld,
- eine feste Fehmarn - Belt - Querung.

Die negativen Auswirkungen der Entscheidungen der 70er Jahre, die für Hamburg die Tangentiallösung hinsichtlich der Autobahnen vorsah, müssen durch Vorantreiben der „Ringlösung“ behoben werden. Hier gilt zu bedenken, dass ein Großteil der Verkehre Europa - verbindend ist (Nordost - Südwest) und nicht Hamburg - orientiert. Lösungen für überregionale Verkehrsprobleme lassen sich deshalb auch nur im Verbund mit den anderen norddeutschen Bundesländern und unseren Partnerstaaten an Nord- und Ostsee finden.





VERKEHR IM INNERSTÄDTISCHEN BEREICH

Die FDP wird kurzfristig durchsetzen:

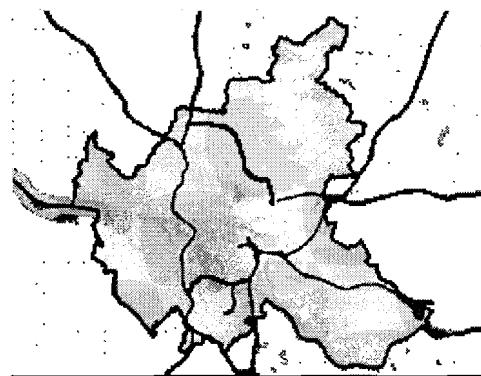
- den flächendeckenden Einsatz von computergestützten Verkehrsleitsystemen (Telematik) zur aufkommensabhängigen Regelung des Verkehrs und Bündelung auf die Hauptverkehrsadern,
- den Vorrang für die Hauptverkehrsadern durch Einführung von computergesteuerten Richtgeschwindigkeitsampeln („Grüne Welle“) und Erhöhung der Höchstgeschwindigkeit auf 60 km/h,
- einen verkehrsgerechten Betrieb von Ampelanlagen und verstärkte nächtliche Ampelabschaltung,
- eine flächendeckende Einführung des Grünen Pfeils für Rechtsabbieger,
- den Abbau überflüssiger Verkehrsschilder, dies sind ca. 30%,
- dass keine Verkehrsberuhigung in Mischgebieten durchgeführt wird,
- Verkehrsberuhigung in reinen Wohngebieten unter Verzicht auf bauliche Maßnahmen,
- dass Tempo 30 Zonen vor Schulen auf die Nutzungszeiten beschränkt werden.

Der innerstädtische Verkehr leidet unter den ideologischen Zwängen rot - grüner Politik. Zahlreiche Staus aufgrund unsinniger Ampelschaltungen, verwirrender Verkehrsführung und überflüssiger Ver- und Gebote sind Zeichen einer verfehlten Verkehrspolitik, unter der nicht nur die Autofahrer leiden. Der Bus- und Fahrradverkehr ist in gleichem Maße betroffen, wartende Autos verursachen mehr Lärm, Abgase und Gesundheitsschädigungen, auch im psychischen Bereich, als fließender Verkehr.

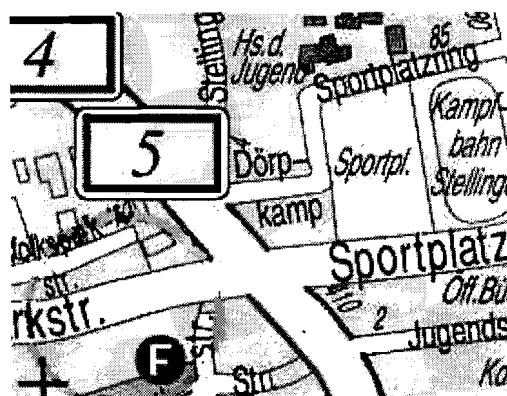
Zur Verbesserung des Verkehrsflusses können ohne größeren Aufwand Maßnahmen getroffen werden, wenn die Politik sich von der Vorstellung befreit, man könne die Bürger auf das Fahrrad oder in den ÖPNV zwingen, indem man den Kraftfahrzeugverkehr absichtlich behindert.

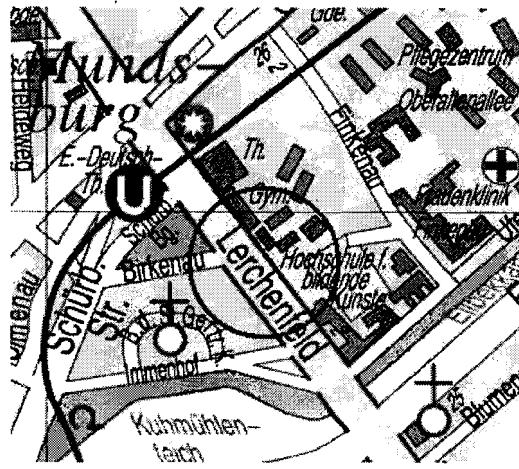
Mittelfristig ist mit folgenden Maßnahmen zu beginnen:

- die Hafenquerspange (A 252) und die bestehenden stadtnahen Autobahnen sind in Form des Tangentenviereckes als Stadtautobahn miteinander zu verbinden,



- verstärkte Realisierung von Kreisverkehrslösungen,
- kreuzungsfreier Ausbau besonders staugefährdeter Kreuzungen, wie z.B. Kieler Straße /Sportplatzring, Billhorner Brückendeich/Amsinckstrasse Habichtstraße/Bramfelder Chaussee oder Kreuzung Mundsburg,





- bessere Instandhaltung des Straßennetzes,
- dem vierspurigen Ausbau des Ringes 3, vorrangig des Krohnstiegs zwischen Krohnstiegstunnel und Langenhorner Chaussee,
- Verzicht auf einen Rückbau der Alsterkrugchaussee,
- die DASA - Trasse als Finkenwerder Ortsumgehung (Südtrasse) zu bauen. Die Belastung von Obstbau und Natur ist dabei so gering wie möglich zu halten.

Viele gravierende Verkehrsprobleme lassen sich nicht ohne den Aus- oder Neubau wichtiger Verkehrswege beseitigen. Die Anbindung der DASA ist angesichts der jüngsten Entscheidungen im Flugzeugbau vordringlich zur Entlastung der Finkenwerder Bürger. Hierbei ist die südliche Trasse zu bevorzugen und der Anschluss an die Hafenquerspanne sicherzustellen.

Die Entschärfung neuralgischer Punkte zur Entkrampfung hat genauso Priorität wie die Erhaltung und Pflege bestehender Straßen. Hamburgs Straßen befinden sich in einem desolaten Zustand. Für die laufende Unterhaltung und den Ausbau muss daher mehr Geld aus dem Haushalt zur Verfügung gestellt werden. Grundsätzlich sind bei allen Tiefbauarbeiten im Straßenbereich die notwendig werdenden Arbeiten durch alle beteiligten Ämter und Gewerke so zu koordinieren, dass nicht das mehrmalige Öffnen und Schließen der Straßendecke zu unnötigen Verkehrsbehinderungen führt.

PARKRAUM

Die FDP fordert:

- keine weitere Reduzierung des Parkraums, Vorrang von Parkraumschaffung vor Stellplatzabgabe,
- Einführung von Quartiersgaragenplätzen und deren Finanzierung aus Erträgen der Stellplatzablösegebühr. Teile davon sollten auch privaten Investoren zugute kommen, die mehr Parkraum schaffen als vorgeschrieben,
- Parkleitsysteme auch in den Bezirken,
- Abschaffung der Anwohnerparkzonen.

Die derzeitige ideologisch bedingte Vernichtung von Parkplätzen im Innenstadtbereich und in den Bezirken muss ein Ende haben. Durch eine gezielte Förderung von Quartiersgaragen könnten unter Ausnutzung flächensparender Palettensysteme schnell und unbürokratisch neue Parkplätze geschaffen werden. Ein faires Miteinander von Verkehrsberuhigung und Erreichbarkeit ist anzustreben

VERKEHRSÜBERWACHUNG IN HAMBURG

Die FDP fordert :

- eine Beendigung des Raubrittertums bei der Verkehrsüberwachung. Radarfallen sind nur dort anzubringen, wo sie der Verkehrssicherheit dienen,
- dagegen verschärzte Verfolgung von Falschparkern auf Behindertenparkplätzen,
- mobile Geschwindigkeitsüberwachungen vorwiegend in Wohngebieten durchzuführen,
- Parkverbotszonen sind nur dort einzurichten, wo parkende Autos den Verkehr tatsächlich behindern,
- Verkehrserziehung an Schulen als wesentliche Maßnahme zur Verbesserung des Verhaltens nicht einzuschränken.

FUßGÄNGER UND RADFAHRER

Die FDP fordert:

- den desolaten Zustand vieler Rad- und Fußwege umgehend zu beseitigen,
- bei jeder Baumaßnahme an oder auf Fußgängerwegen ist deren behindertengerechter Ausbau zu prüfen und ggf. herzustellen,

- den Ausbau der Radwege und Velorouten,
- den Bau geeigneter Abstellplätze sowohl in der City, als auch in den Randgebieten,
- Abschaffung von Radampeln und den unfallträchtigen gezeichneten Radwegen auf der Straße.

Fußgänger und Radfahrer sind in einer urbanen Metropole gleichberechtigte Partner im Verkehr, eine Stadt hat daher Fahrbahnen Rad- und Fußwege gleichermaßen in ordentlichen und verkehrsgerechten Zustand zu versetzen. Kreative Verkehrspolitik integriert auch Fußgänger, Radfahrer und alle anderen, die sich ohne die Umwelt zu belasten fortbewegen und sicher und bequem ihr Ziel erreichen wollen. Der Fahrradverkehr bietet dabei in Hamburg noch viele ungenutzte Möglichkeiten für eine besonders umweltfreundliche Mobilität aller Bürger, hier ist vor allem eine bessere Verzahnung mit dem ÖPNV anzustreben

ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR

Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass

- Streckenmanagement und Streckenbetrieb im Hinblick auf eine Privatisierung des letzteren getrennt werden, um die Leistungsfähigkeit zu verbessern,
- eine bessere Abstimmung der Abfahrtszeiten zwischen Bussen, U - und S - Bahnen stattfindet,
- das Umland besser an die bezirklichen Zentren angebunden wird und sich an der Finanzierung beteiligt,
- die Versorgung der Randgebiete durch den Einsatz von Kleinbussen und Sammeltaxen verbessert wird, ebenso die Versorgung in den Nebenzeiten,
- Expressbusse mit wenigen Haltepunkten eingeführt werden, die dann ihrerseits wieder mit Kleinbussen oder Sammeltaxen die örtliche Umgebung versorgen,
- zur Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV ein preiswerter Kurzstreckenfahrschein für maximal zwei Haltestellen auf allen Schnellbahnstrecken und Buslinien eingeführt wird,
- sämtliche Busspuren für den Taxenverkehr freigegeben werden,
- Taxen von 22 - 6 Uhr nicht ausschließlich an Posten auf Kunden warten müssen,
- die P+R Möglichkeiten attraktiver gestaltet werden und neue P+R Anlagen (z.B. Bostelbek und Schnelsen Nord) gebaut werden,
- der Bau behindertengerechter U - und S - Bahnhöfe beschleunigt wird, bzw. vorhandene Bahnhöfe auf die Bedürfnisse Behindter, älterer Mitbürger oder Mütter mit Kinderwagen besser eingerichtet werden,

- bestehende S - Bahn - Strecken über Hamburg hinaus (Bsp.: S3 in Richtung Stade und Lüneburg/Buchholz oder S4 Richtung Ahrensburg/Bad Oldesloe) verlängert werden bzw. bestehende Nahverkehrsstrecken in das S - Bahn - Netz einbezogen werden,
- der Rückbau von Busbuchten gestoppt wird,
- keine Straßenbahn gebaut wird,
- die Hafencity frühzeitig an das Schnellbahnnetz angebunden wird,
- der erhaltenswerte Hafenbahntunnel Altona unter Anbindung an des ÖPNV - Netz revitalisiert wird,
- eine S - Bahn Spur auf der Trasse der Güterumgehungsstadt zur Querverbindung Ohlsdorf - Stellingen gebaut wird, um endlich die Lücke in den Querverbindungen zu schließen,
- die Linie A 1 zumindest in den Hauptverkehrszeiten bis zum Hauptbahnhof verlängert wird.

Viele Metropolen zeichnen sich durch hervorragende Verbindungen im öffentlichen Personennahverkehr aus, Hamburg fehlen sie. Daher ist die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs zu steigern, anstatt den Individualverkehr zu behindern. Zur Attraktivität zählen nicht nur möglichst viele Anbindungen, sondern auch Sicherheit, Pünktlichkeit, Sauberkeit, Schnelligkeit und Komfort. Eine Privatisierung des Streckenbetriebes und die Erhöhung der Flexibilität zur Kostensenkung sind daher unabdingbare Voraussetzungen für einen modernen Personennahverkehr.

FLUGHAFEN

Die FDP will

- die Lärmbelastung durch den Flugverkehr mit Verbesserung des aktiven und passiven Lärmschutzes verringern,
- die ÖPNV - Anbindung des Flughafens durch den Anschluss an das S - Bahn – Netz zügig herstellen,
- den vierspurigen Anschluss des Flughafens an den Ring 2 herstellen,
- Lang- und Kurzzeitparkmöglichkeiten verbessern,
- Zu- und Abfahrt der Taxen kundenfreundlicher gestalten,
- die freie Zufahrt aller Taxen an den Flughafen sicherstellen,
- die Einführung eines Parkleitsystems für den Flughafen.

Der Flughafen Hamburg ist für den internationalen Wirtschaftsstandort sowie für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt unverzichtbar. Die Möglichkeit, zeit- und ortsnah sowohl geschäftliche als auch private Flugreisen unternehmen zu können, wird in Zukunft ein immer wichtigerer Standortfaktor sein. Der Flughafen sichert Arbeitsplätze und begünstigt Unternehmensansiedlungen. Eine gute Verkehrsanbindung, ein besserer Service und eine intensivere Nutzung des zur Zeit einzigen größeren Flughafens im norddeutschen Raum sind daher dringend erforderlich. Die Verkehrssituation am Flughafen muss entschärft werden, die Anreise zum Flughafen ist zur Zeit von Staus und besetzten Parkplätzen gekennzeichnet.

ZUKUNFTSPROJEKT TRANSRAPID

Unverzichtbar für Hamburg ist eine Hochgeschwindigkeitsverbindung nach Berlin.

Die FDP wird sich daher in Bürgerschaft und Senat dafür einsetzen, dass die Gespräche zwischen dem Bundesverkehrsministerium und Hamburg wieder aufgenommen werden. Es ist der Versuch zu unternehmen, den Transrapid nicht nur in China, sondern auch auf der Metropolachse Hamburg - Berlin zu bauen. Hierfür sind auch außerhalb der Großindustrie privates Risikokapital und private Betreiber zu suchen.

Auch die Idee einer Transrapidstrecke Hamburg - Bremen - Groningen - Amsterdam wird von der FDP befürwortet. Die FDP wird sich für zügige Gespräche mit der Bundesregierung und den Verantwortlichen in den Niederlanden einsetzen.

STADTENTWICKLUNG UND UMWELT

Hamburg mit der Innenstadt und den verschiedenen Stadtteilen leidet insgesamt an einer zunehmenden Abwanderung der Bevölkerung in die Randbezirke, in andere Gemeinden und Städte. Eine Weltstadt, die im Wettbewerb mit vergleichbaren Städten bestehen will, muss sich ständig neu beweisen, muss am Mythos der Großstadt arbeiten. Die Stadt muss für Bewohner und Besucher gleichermaßen attraktiv und zukunftsweisend sein. Die Hamburger Stadtplanung darf sich nicht ausschließlich auf die Hafencity konzentrieren.

Hamburg bleibt weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Deshalb setzen wir auf eine Revitalisierung der Innenstadt und der Stadtteile.

STADTPLANUNG

Die FDP will

- die Identitätswahrung des Stadtbildes bei gleichzeitiger, behutsamer Fortentwicklung,
- die Belebung der City durch Mischung von Wohnen, Kultur und Arbeit,
- die Abschaffung des Ladenschlussgesetzes,
- die Lockerung der Nutzungsausweisung,
- die erleichterte Umwandlung von Gewerbe- in Wohnraum,
- die Erleichterung der Außenbewirtschaftung für Gaststätten zur Erhöhung des Erlebniswertes der Stadt,
- die Entwicklung stadtplanerischer Konzepte, um die Konzentration sozialer Probleme in bestimmten Stadtteilen und die Abwanderung der Kaufkraft in das Umland zu verhindern,
- eine gemeinsame Planung mit dem Umland,
- eine verstärkte Durchführung von Architekturwettbewerben zur Gestaltung von Problembereichen und stadtbildnerischen Wahrzeichen wie z.B. dem Domplatz oder der Überwindung der Trennwirkung der Ost-West-Straße.

Eine Stadt, eine Metropole muss belebt sein. Wohnen und Arbeiten, Kultur und Freizeit, Handel und Gewerbe gehören dazu. Wir brauchen die Vielfalt städtischen Lebens. Diese kann sich nur entwickeln, wenn Genehmigungsverfahren sowie die Umwandlung von Gewerbe in Wohnflächen erleichtert werden und die Durchmischung zum festen Bestandteil des stadtplanerischen Gesamtkonzeptes wird. Gegen die Identitätslosigkeit, die Verödung

und die Entwicklung von Elendsvierteln müssen wirksame Strategien des Städtebaus entwickelt werden. Dies geht nicht mehr mit den bisher gängigen Mitteln.

Architekturwettbewerbe setzen das Maß an Kreativität frei, das für eine solche Entwicklung benötigt wird. Eine Änderung von Bebauungsplänen nur zum Zwecke der Bebauungsverdichtung lehnen wir ab.

Von entscheidender Bedeutung für das zukünftige Stadtbild sind einzelne Projekte wie:

- eine durchmischte Bebauung der Hafencity unter Vermeidung der Monokultur mittels verschiedener Nutzungskonzepte und durch günstige Vergabe vornehmlich an Eigennutzer,
- eine den Ansprüchen von Großveranstaltungen gerechte Verkehrsanbindung von Volksparkstadion und der geplanten Arena,
- das behutsame Einfügen neuer Nutzungen in die Speicherstadt unter Beachtung des Denkmalschutzes,
- eine der historischen Bedeutung des Domplatzes als Keimzelle Hamburgs angemessene Nutzung. Die FDP wird sich für einen städtebaulichen Wettbewerb einsetzen.

Die Innenstadt darf nicht zwischen Elbe und Hafen einerseits und Alster andererseits getrennt bleiben. Das Wasser ist die wesentliche städtebauliche Ressource Hamburgs.

Die Hafencity muss an die Stadt angebunden werden. Die Vergabe städtischer Grundstücke darf nicht nur unter Renditegesichtspunkten erfolgen. Standortsicherung funktioniert nicht durch künstliches Hochhalten der Grundstückspreise, sondern durch breite Akzeptanz bei Bürgern und Gewerbe.

Die geplante Arena wird wieder kulturelle Großereignisse nach Hamburg ziehen, das umgebaute Volksparkstadion ist WM-tauglich, eine frühzeitige Anbindung an das Verkehrsnetz und eine attraktive Infrastruktur sind wesentliche Aufgaben der näheren Zukunft.

Die Messe ist ein wichtiger Standortfaktor Hamburgs, sie soll unter den Bedingungen des bisherigen Standortes entwickelt werden, damit Hamburg wieder eine gute Adresse unter den Messestädten wird.

BAUEN UND WOHNEN

Die FDP will

- die Überführung sozialer in eine freie marktorientierte Wohnungsbaupolitik,
- die vermehrte Subjekt- statt der bisherigen Objektförderung,
- der Verkauf geeigneter Wohnungen von SAGA und GWG an die Mieter. Kommt ein Verkauf nicht in Betracht, sollen die Wohnungen in Mietergenossenschaften eingebracht werden (siehe wirtschaftspolitischer Teil),
- die Umwandlung von Büro- in Wohnflächen nach dem Durchmischungsprinzip,
- einen Wohnanteil von 20% bei Neubauten im innerstädtischen Bereich,
- die Auslagerung und Zusammenlegung von Büroflächen der öffentlichen Verwaltung,
- die Förderung des privaten Nutzereigentums von Wohnflächen durch Umwandlung staatlicher Wohneinheiten in genossenschaftliche,
- die Abschaffung der Zweitwohnungssteuer,
- die verstärkte Ausweisung von Flächen für hochwertigen Wohnungsbau.

In Deutschland gibt es im europäischen Vergleich wenig Wohneigentum. Die Grundstückspreise werden immer höher, das Bauen immer teurer. Wohnungsbau findet fast nur noch durch Großinvestoren (auch der Soziale Wohnungsbau) statt. Hier wird zum einen an den Belangen der Nutzer vorbeigebaut, zum anderen werden im sozialen Wohnungsbau die Bau-, Finanzierungs- u. Verwaltungskosten über die Maßen aufgebläht. Ein breit gestreutes Wohneigentum bindet den Markt stärker an die Wünsche der Bewohner, sorgt andererseits aber auch für eine größere Eigenständigkeit. Das Prinzip einer gesunden Mischung von Wohnen und Arbeiten muss auch hier berücksichtigt werden.

UMWELTSCHUTZ

Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass

- neue Technologien für den Umweltschutz genutzt und ökologische Forschungsvorhaben an den Hamburger Hochschulen und im Handwerk gefördert werden,
- die Kreativität, Produktivität und Flexibilität privater Unternehmen für den Umweltschutz durch konsequenter Einsatz von privatem Management bei Bau- und Betrieb von Wasser-, Abwasser- und Abfallanlagen verstärkt genutzt werden,

- zunehmend Energie aus erneuerbaren Energieträgern zu wettbewerbsfähigen Preisen gewonnen wird,
- staatliche Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass der schonende Umgang mit Ressourcen im Eigeninteresse von Bürgern und Unternehmen liegen,
- die Sanierung von Flächen Vorrang vor der Neuerschließung hat,
- alle relevanten Verbände unter Berücksichtigung europäischer Rechtsnormen rechtzeitig in Planungen einbezogen werden,
- durch den Ausbau bestehender Kanalsysteme für die Schifffahrt das naturnahe Ökosystem der Mittelelbe erhalten bleibt,
- die Schadstoffkonzentration der Elbe weiter gesenkt wird, um die Elbe für die Fischerei wieder uneingeschränkt nutzbar zu machen,
- das sogenannte Staatsrätemodell zur ökologischen Flächenbewertung zumindest überarbeitet wird, um die Benachteiligung landwirtschaftlich genutzter Flächen zu beseitigen,
- ökologische Ausgleichsmaßnahmen zeit- und ortsnah geschaffen werden,
- die anstehende EU-Richtlinie zur Abfallentsorgung von Schiffen baldmöglichst umgesetzt wird,
- durch Bundesratsinitiative die Kfz-Steuer endlich auf die Mineralölsteuer umgelegt wird,
- ein Missbrauch des Umweltschutzes für fiskalische Zwecke nicht mehr stattfindet.

Umweltschutz muss mit Augenmaß, ohne ideologische Übertreibung oder administrative Willkür mit den Menschen und nicht gegen sie betrieben werden. Die Kreativität von Bürgern und privaten Unternehmen kann dabei viel mehr, als bisher geschehen, genutzt werden, insbesondere auf dem Gebiet neuer Technologien und erneuerbarer Energieträger. Die enge Zusammenarbeit mit den Hamburger Hochschulen verdient hierbei besondere Unterstützung. Ferner ist in Belangen des Umweltschutzes die Kompetenz der spezialisierten Verbände auch im Hinblick auf die besonderen Probleme des Stadtstaates verstärkt zu berücksichtigen. Flächenrecycling muss auf begrenztem Raum auch im Sinne einer besseren Ausnutzung der bestehenden Infrastruktur Vorrang vor der Neuerschließung haben. Die ökologische Wertigkeit einer Fläche darf sich dabei nicht allein daran orientieren, ob sie auch Nutzfläche ist. Der Schutz der Elbe als „Lebensader“ Hamburgs verdient ebenso besondere Beachtung wie der Schutz der hamburg-nahen Kulturlandschaften.

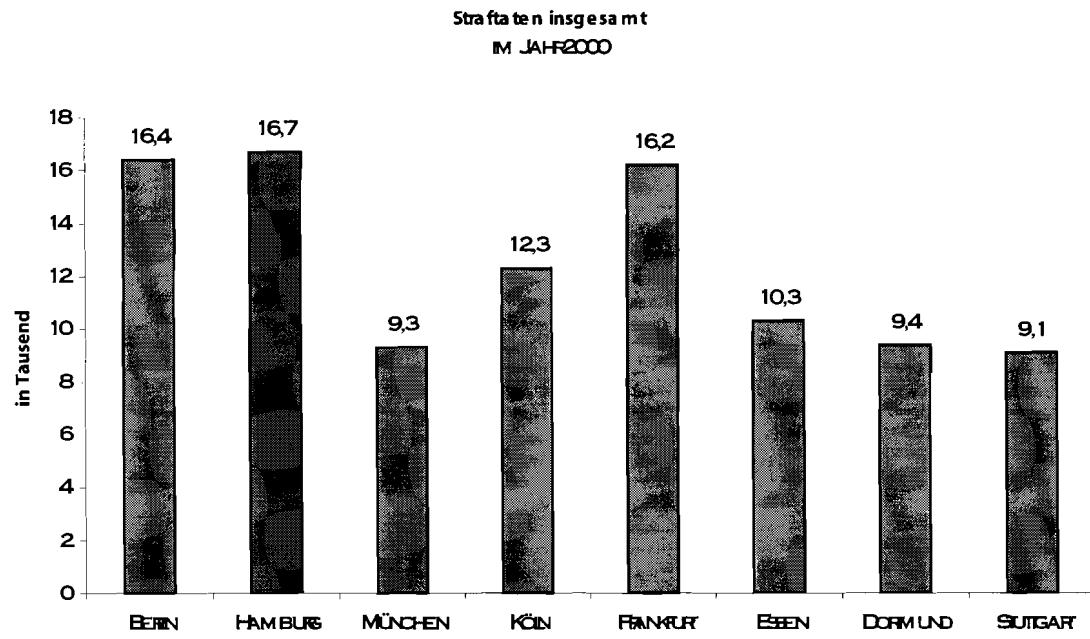
INNERE SICHERHEIT UND JUSTIZ - KRIMINALITÄT BEKÄMPFEN

STATT VERWALTEN

Grundpfeiler der liberalen Gesellschaft sind die rechtlichen Freiheiten und Sicherheiten eines jeden Bürgers. Ohne Freiheit gibt es keine Sicherheit, ohne Sicherheit keine Freiheit.

Dafür muss dem Bürger neben einer Freiheit vom Staat auch eine Freiheit durch den Staat garantiert werden. Freiheit durch den Staat ist die Verbindlichkeit rechtsstaatlicher Normen, wie sie im Rechtsstaatsprinzip als einem der elementaren Prinzipien des Grundgesetzes ihren Ausdruck gefunden hat. Das Rechtsstaatsprinzip sichert die Rechte der Bürger in rechtsstaatlicher Form. Nur wer sich auf Rechte berufen kann, kann frei sein.

Diese Sicherung von Bürgerrechten hält die FDP für eine derjenigen Kernaufgaben des Staates, auf die sie ihn reduzieren möchte. Staatliche Tätigkeit muss in den Bereichen, in denen sie übertrieben, überteuert und ineffektiv ist, zurückgedrängt werden. Gleichzeitig steht für die FDP außer Frage, dass bei Polizei und Justiz keinerlei Streichungen an Mitteln und Personal vorgenommen werden dürfen. Im Gegenteil, hier müssen die in anderen Tätigkeitsfeldern frei werdenden Kapazitäten eingesetzt werden. Wer nur wegen des kurzfristigen Sparerfolges Sicherheit abbaut, handelt fahrlässig und unverantwortlich.



Quelle: Hamburger Abendblatt, 04/2001

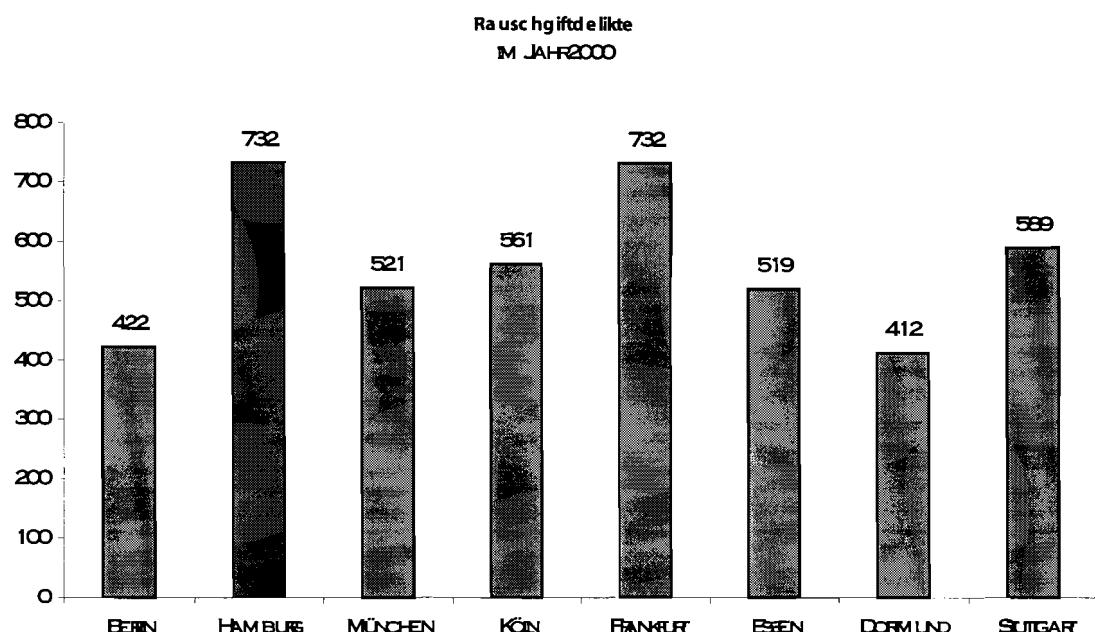
KRIMINALPRÄVENTION VERBESSERN

Die FDP will folgendes erreichen:

- Eine wirksame Jugend- und Familienpolitik, die bei den Jugendlichen die Empfindsamkeit für die Mitmenschen und die Freude an einem verständnis- und rücksichtsvollen Zusammenleben fördert,
- Die Verbesserung von Ausbildungs- und Beschäftigungschancen entsprechend den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der FDP,
- Kinder- und jugendgerechte Wohnumfelder durch ausreichende Spiel- und Aufenthaltsplätze und geförderte Schwerpunktprojekte zur Veranstaltung von Aktionen wie dem sog. "Mitternachtsbasketball",
- Pädagogische Mitarbeiter bei den Polizeidienststellen, um die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den Jugendämtern und Sozialdienststellen in jedem einzelnen Fall sicherzustellen,
- Eine konsequente Anwendung der bestehenden gesetzlichen Erziehungsmittel für nicht strafmündige Kinder und Jugendliche, notfalls auch gegen den Willen der Eltern,
- Als letztes Mittel die Einrichtung von geschlossenen Abteilungen in Jugendheimen nach modernen Betreuungs- und Erziehungskonzepten,
- Die Fortführung der Substitutionsprogramme und den Ausbau von Therapieplätzen für Drogenabhängige,
- Die kontrollierte Abgabe sog. "harter" Drogen an nicht zu therapierende Abhängige, dieses zunächst als Modellversuch unter wissenschaftlicher Begleitung und Auswertung.
- Die Entkriminalisierung sog. "weicher Drogen",
- Die Förderung von Selbsthilfegruppen gegen Gewaltanwendung.

Straftaten dürfen erst gar nicht begangen werden. Dabei will die FDP die vielfältigen Ursachen von Kriminalität wie Perspektivlosigkeit, Verlust gesellschaftlicher Wertvorstellungen, Nachlassen der Erziehungsfähigkeit von Eltern und Integrationsproblemen in einer sich kulturell mischenden Gesellschaft entschlossen angehen. Wo dies bereits zu spät ist, will die FDP dem Staat die Möglichkeiten einräumen, die er benötigt, um Familien und Schulen eine wirksame Hilfe sein zu können, soziale Probleme zu bewältigen. Vor dem Hintergrund der steigenden Jugendkriminalität sieht die FDP hier besonderen Handlungsbedarf.

Gegen das Drogenproblem, das damit verbundene Elend und die Beschaffungskriminalität durch die Abhängigen setzt die FDP das Angebot an die Drogenkranken, ihnen aktiv zu helfen und will Dealern die wirtschaftliche Grundlage entziehen.



Quelle: Hamburger Abendblatt, 04/2001

KRIMINALITÄTSBEKÄMPFUNG

Die FDP will:

- Die volle Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten des beschleunigten Strafverfahrens, so dass Angeklagte binnen 8 bis 10 Tagen einen Verhandlungstermin haben, der zu Strafe oder Freispruch führt,
- Ein Strafverfahren, in dem das Opfer im Mittelpunkt steht, durch Einräumung einer eigenen Stellung mit umfassendem Fragerecht neben der Staatsanwaltschaft im gesamten Verfahren, ohne dass es einer Nebenklage bedarf,
- Die Stärkung der Opferinteressen durch eine verstärkte Anwendung des Täter - Opfer - Ausgleichs, sofern das Opfer dies wünscht,
- Eine verstärkte Anwendung des sog. Adhäsionsverfahrens, durch welches die Strafgerichte den Täter auch zu Schadensersatz und Schmerzensgeld in demselben Prozess verurteilen können, bei Streichung der gesetzlichen Möglichkeit für die Strafgerichte, entsprechende Anträge des Opfers abzulehnen und an die Zivilgerichte zu verweisen,

- Die konsequente Anwendung des Jugendstrafrechts auch in Hamburg, wo derzeit nur jeder 5. für schuldig befundene Angeklagte zu einer Jugendstrafe verurteilt wird,
- Die Abschaffung von Erlebnisreisen für jugendliche Straftäter als Ersatz für Bestrafung,
- Die Rückkehr zum Grundsatz, dass über Täter, die älter als 18 Jahren sind, nach Erwachsenenstrafrecht zu verhandeln ist,
- Ein "Haus des Jugendrechts" in Hamburg, in welchem die zuständigen Stellen der Polizei, Staatsanwaltschaft sowie der Jugendgerichtshilfe und des Jugendamtes räumlich zusammengefasst sind, damit sie entsprechend effizient und effektiv zusammen arbeiten können,
- Die Einführung erzieherischer Elemente wie Arbeitsleistungen in das Erwachsenenstrafrecht für leichte Straftaten,
- Keine Entkriminalisierung angeblicher "Bagateldelikte",
- Die Schaffung von gesetzlichen Möglichkeiten für die Strafgerichte, bei Straftaten ausländischer Täter statt oder neben der Strafe über die Ausweisung entscheiden zu können,
- Einen wirkungsvollen, menschlichen Strafvollzug ohne überfüllte Haftanstalten durch Schaffung des erforderlichen Raumes, insbesondere in den Haftanstalten Fuhlsbüttel,
- Eine faire Entlohnung der Inhaftierten für Arbeiten, um einen finanziell abgesicherten Übergang in die Freiheit sicherzustellen,
- Die Vergabe von nicht - hoheitlichen Aufgaben der Haftanstalten an private Dienstleister, z. B. den Anstaltsbetrieb (Küche, Wäsche, Wartung etc.),
- Die Einführung alternativer Freiheitsbeschränkungen, insbesondere für Untersuchungshäftlinge, wie die elektronische Fußfessel,
- Die zügige Besetzung freier Stellen im Justizvollzugsdienst durch Verbesserung der Bezüge und der beruflichen Perspektiven der Vollzugsbeamten, z. B. auch durch Übergangsregelungen zum Polizeidienst.

Wo Prävention versagt, bleibt nur das Strafrecht. Die FDP bekennt sich nachdrücklich zu dem Strafzweck der Resozialisierung. Dieser Straferfolg ist jedoch nur gewährleistet, wenn schnell Recht gesprochen wird, damit die gesellschaftliche Reaktion auf Fehlverhalten noch wahrnehmbar bleibt. Ebenso ist es erforderlich, dass die Belange des Kriminalitätsopfers im Mittelpunkt eines Strafverfahrens stehen, um Einsicht in die Folgen des kriminellen Handelns zu schaffen. Schließlich muss im Falle eines erforderlichen Strafvollzuges in räumlicher und personeller Hinsicht ein erfolgreiches Haftkonzept gewährleistet sein.

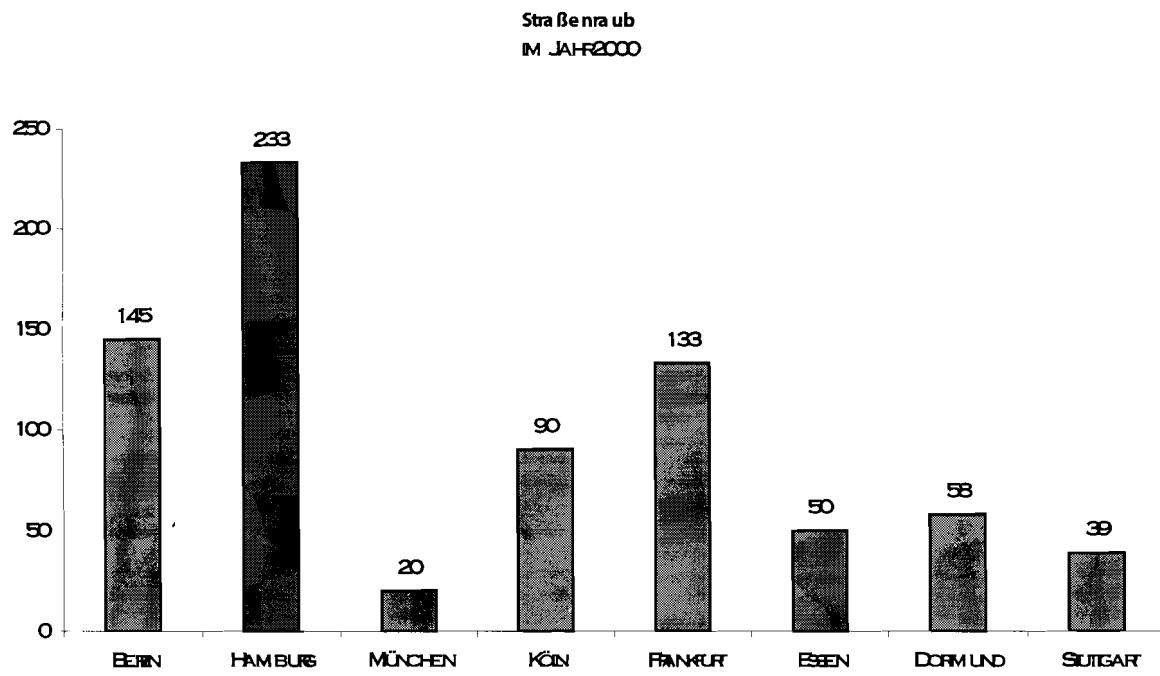
SUBJEKTIVE SICHERHEIT

Die FDP verlangt :

- eine erhöhte Straßenpräsenz von Polizeibeamten, nicht nur im PKW, sondern vor allem als Fuß- oder Fahrradstreife im Straßenbild,
- die Beibehaltung einer breit gefächerten, dezentralen Struktur von Polizeirevieren ohne jede Zusammenlegung,
- die Einrichtung ständiger Polizeiposten an Kriminalitätsschwerpunkten,
- eine Hundeverordnung, welche den Missbrauch gefährlicher Hunde durch den Menschen verhindert.

Eine flächendeckende Videoüberwachung öffentlicher Plätze lehnt die FDP ab.

Der Bürger hat auch ein Recht darauf, sich im Alltag sicher zu fühlen. Neben sichtbaren Erfolgen in der Kriminalitätsprävention und Kriminalitätsbekämpfung muss daher eine Präsenz von Polizei als Ansprechpartner in Sicherheitsfragen und Schutz gewährleistet werden. Nicht allein die polizeiliche Kriminalstatistik, sondern auch das Sicherheitsempfinden der Menschen muss als Maßstab der Verbrechensbekämpfung ernst genommen werden.



Quelle: Hamburger Abendblatt, 04/2001

Auch Hunde können die Wirkung einer Waffe haben. Deswegen muss sichergestellt sein, dass Hundehalter mit ihren Hunden umgehen können und individuell gefährliche Hunde nicht gehalten werden. Die pauschale Verdammung ganzer Hunderassen lehnt die FDP ab. Die FDP spricht sich auch gegen eine flächendeckende Videoüberwachung öffentlicher Plätze als Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger aus. Es erscheint nicht sinnvoll, die knappen Haushaltsmittel für die Anschaffung und Wartung von Videokameras zu verwenden, wenn es gleichzeitig bei der Polizei an Personal und Material zur effektiven Verbrechensbekämpfung fehlt.

EFFEKTIVE POLIZEI UND JUSTIZ

Die FDP fordert:

- die Wiederbesetzung der frei werdenden Stellen bei Polizei und Justiz,
- die Beibehaltung der Laufbahn des mittleren Dienstes für die Polizei, weil ihre Abschaffung des zu höheren Personalkosten führen und somit den Stellenstreichungsdruck zu Lasten der Inneren Sicherheit erhöhen würde,
- die Modernisierung der Ausstattung durch netzwerkfähige PCs, Handys und ggf. Laptops in den Streifenwagen,
- die Anwendung zeitgerechter Software, insbesondere von Diktatprogrammen,
- die Nutzung moderner Kommunikationswege für Arbeitsgänge von Polizei und Justiz, um den Transport von Akten zu den einzelnen Dienststellen auf ein Minimum zu reduzieren,
- die Zuweisung globaler Haushalte an Polizeidienststellen zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung, da über die konkrete Verwendung vor Ort am besten entschieden werden kann,
- die Ermöglichung moderner Kommunikationswege zu Polizei und Justiz auch für den Bürger, insbesondere bei Klagerhebungen oder Gerichtsschriften, die problemlos bereits heute per e - Mail eingereicht werden könnten,
- die Vergabe nichtoriginärer Aufgaben auf private Dienstleister, z. B. Schreib- und Versandarbeiten,
- eine Motivationssteigerung der Beamten durch leistungsgerechte Bezahlung und Beförderung, die Arbeitsergebnisse anerkennt,
- mehr Einstellungen geeigneter ausländischer Bewerber, um deren Sprach- und Kulturkenntnissen zu nutzen und diese nach der Ausbildung in vorwiegend von Zuwanderern bewohnten Stadtteilen als bürgernahe Beamte einzusetzen,

- eine stärkere Heranziehung privater Veranstalter von Großveranstaltungen, insbesondere von Fußballspielen, zur Gewährleistung der vor Ort erforderlichen Sicherheitskräfte in einem die Kosten deckenden Maße.

Die Aufgaben setzen gut ausgebildete, gut motivierte und personell wie sachlich gut ausgestattete Polizei- und Justizbehörden voraus. Eine Konzentration von Polizei und Justiz auf deren Kernaufgaben erhöht ihre Effektivität. Dabei müssen nicht zu diesem Aufgabenbereich gehörende Arbeiten verlagert werden und sämtliche Arbeitsabläufe auf die Höhe der Zeit gebracht werden. Der verantwortungslose Sparkurs am Personal der Polizei muss ein Ende haben. War ein Polizist 1990 noch für die Sicherheit von rechnerisch 188 Menschen in Hamburg zuständig, so sind es derzeit 229.

JUSTIZ

Die FDP setzt sich ein für

- die elektronische Vernetzung und datenkompatible Ausstattung der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Polizei,
- den Ausbau der Möglichkeiten für Rechtssuchende, elektronisch mit Gerichten und Behörden zu kommunizieren, insbesondere Erklärungen oder Klagen per e - Mail einzureichen,
- eine Kompetenzerweiterung der Justizbehörde um die Verantwortung für Finanz-, Arbeits- und Sozialgerichte,
- die Verbesserung des zivilrechtlichen Vollstreckungsverfahrens durch Erhöhung der Zahl der Gerichtsvollzieher und Schaffung von Wettbewerb unter den Gerichtsvollziehern.

Auch außerhalb des Strafrechts gehört zum Rechtsstaat eine Justiz, die Bürgerinnen und Bürger möglichst rasch eine verständliche und nachvollziehbare Entscheidung garantiert. Darin sehen Liberale eine Voraussetzung, um Rechtsfrieden und individuelle Freiheit zu bewahren. Mit der Nutzung moderner Kommunikationsmittel kann zeitraubender Aktentransport vermieden werden. Ebenso werden Postwege verkürzt. Die Justizreform bedarf einer zentralen Leitung in einer Behörde, um greifen zu können. Jedoch nützt es nichts, das Erkenntnisverfahren zu beschleunigen, wenn die Vollstreckung der erlangten Urteile nur schwer möglich ist. Deshalb müssen mehr Gerichtsvollzieher zur Verfügung stehen, und es muss Wettbewerb unter ihnen gefördert werden. Dem Gläubiger muss es möglich sein, unter mehreren Gerichtsvollziehern zu wählen. Eine effiziente Vollstreckung erhöht die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaates und sollte selbstverständlich sein, wenn der Staat das Gewaltmonopol beansprucht.

VERWALTUNG - SCHLANK UND EFFIZIENT

So wenig Staat wie möglich und so viel Staat wie nötig. Dieses ist eine immer noch gültige Forderung der Liberalen. Gerade die Hamburger Verwaltung ist im Verhältnis zur Bevölkerung immer noch zu groß, zu aufgebläht und zu teuer. Von der Verwaltung selbst initiierte Reformvorhaben wie das „Neue Steuerungsmodell“ haben gezeigt, dass sie nur zu punktuellen Erfolgen führen. Eine durchgreifende Verwaltungsreform muss von Bürgerschaft und Senat begleitet werden, um die Hamburger Verwaltung in einen effektiven und effizienten Betrieb im Stile eines modernen Unternehmens zu überführen.

Dabei sind Kosteneinsparungen, die Beschleunigung von Verfahren und die Verlagerung bzw. der Wegfall von Aufgaben und Verwaltungseinheiten gleichzeitig Ziele wie Voraussetzungen. Der Schwerpunkt liegt hierbei bei einer eindeutigen Aufgabenverteilung hinsichtlich der Zuständigkeiten von Fachbehörden und Bezirksverwaltungen.

BÜRGERMITWIRKUNG STÄRKEN

Die FDP will

- die Beibehaltung der Benachrichtigungskarte für Volksbegehren,
- durch die Einführung des Panaschierens und Kumulierens den Wählern mehr Einfluss auf die Zusammensetzung von Bürgerschaft und Bezirksversammlungen geben,

Liberale bekennen sich zu den Möglichkeiten der direkten Demokratie. Um eine hohe Beteiligung sicherzustellen, will die FDP den Bürger auf dieselbe Weise informieren wie über Wahltermine.

In die Wahlgesetze wollen die Liberalen die Möglichkeit, auf einzelne Personen mehrere Stimmen zu häufeln (Kumulieren) und Kandidaten verschiedener Parteien zu wählen (Panaschieren), einfügen. Damit können die Wähler von den Vorschlägen der Parteien abweichen und haben so mehr Einfluss auf die Zusammensetzung der Parlamente. Wir erhoffen uns davon bürgernahe Abgeordnete und eine Beschränkung der Macht der Parteien.

BEHÖRDEN UND ÄMTER ZUSAMMENLEGEN, STELLEN SPAREN UND MODERNISIEREN

Die FDP will

- die Zahl der Behörden auf acht verringern,
- die Landesregierung auf 10 Mitglieder verkleinern,
- das Beauftragtenwesen abbauen,
- bei der Verwaltung moderne Kommunikationstechnologien verstärkt zum Einsatz bringen.

Um die Effizienz der Hamburger Verwaltung zu stärken und gleichzeitig die Landesregierung zu verkleinern, schlägt die FDP eine neue Behördenstruktur vor (vgl. Kapitel Finanzen).

Hamburg leistet sich eine Fülle von Beauftragten (z.B. Fahrradbeauftragte, Beschäftigungsbeauftragte der Bezirke) für alle möglichen tatsächlichen oder vermeintlichen Problemfälle. Die meisten dieser Beauftragten sind für eine sachgerechte Aufgabenerledigung überflüssig oder behindern sie sogar. Durch Verzicht auf einen Großteil der Beauftragten und deren Stäbe lassen sich Personalmittel für mehrere hundert hochwertige Stellen einsparen.

Dem Bürger soll es ermöglicht werden, Behördengänge per eMail zu erledigen. Verwaltung soll durch klare Verantwortlichkeiten wieder einfach, transparent und bürgernah werden.

PERSONALVERTRETUNG REFORMIEREN

Die FDP will

- das Hamburgische Personalvertretungsrecht an die allgemeinen arbeitsrechtlichen Regelungen anpassen.

Im Zuge einer Reform der öffentlichen Verwaltung muss auch eine Angleichung des Hamburgischen Personalvertretungsgesetzes an das in der privaten Wirtschaft geltende Betriebsverfassungsgesetz geschehen. Die jüngsten Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes sollen wegen der damit verbundenen Aufblähung der Vertretungskörperschaften und der daran anknüpfenden Freistellungsberechtigungen angesichts der Kostenbelastung des Hamburger Haushalts nicht übernommen werden. Auch Personen und Gruppen ohne gewerkschaftliche Nähe müssen und sollen in die Personalräte gewählt werden können. Zuzüglich sollen verschiedene soziale und personelle Mitbestimmungskompetenzen der Personalräte gestrichen werden, da diese eine

unverhältnismäßige Bevorzugung gegenüber den Betriebsräten darstellen und häufig Entscheidungen der gewählten Volksvertreter blockieren.

RECHTE DER BEZIRKE STÄRKEN

Die FDP will

- den Bestand der Bezirke in der Hamburger Verfassung absichern,
- eine klare und gesetzliche Trennung von stadtstaatlichen und bezirklichen Aufgaben mit klarer und abschließender Zuweisung an den jeweiligen Bereich,
- den Bezirken Entscheidungskompetenzen (z.B. über Bebauungsplan - Angelegenheiten und den Straßenbau) einräumen,
- die Entscheidungskompetenzen der Bezirke im Haushaltsvollzug weiter erhöhen,
- das Recht des Senats, Angelegenheiten an sich zu ziehen auf solche Fälle beschränken, die für die Gesamtstadt von besonderer Bedeutung sind,
- die Bezirksamtsleiter als Bezirksbürgermeister von der Bevölkerung direkt wählen lassen.

Die Freie und Hansestadt Hamburg bleibt als Einheitsgemeinde erhalten. Dennoch sollen die Bezirke als verfassungsmäßig festgeschriebene Teile bestehen; bisher ist lediglich geregelt, dass die Stadt in Bezirke eingeteilt werden kann. Die Verfassung muss vorsehen, dass die Aufgaben der Bezirke abschließend durch ein Gesetz bestimmt werden.

Nach Ansicht der Liberalen sollen folgende Kompetenzen auf die Bezirke übergehen: Die Finanzhoheit, die Planungshoheit und (eingeschränkt) Rechte, sich Satzungen und Ordnungen selbst zu geben.

Die Planungshoheit umfasst vielfältige Gebiete, vor allem aber das Recht auf den Erlass von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen.

Das Recht der Bezirke Satzungen und Ordnungen zu erlassen, bezeichnet eine Ausprägung der Gewaltenteilung; die Bezirksversammlung erlässt Normen auf der Basis landes- und bundesrechtlicher Ermächtigungsgrundlagen und führt diese durch den Erlass einer Exekutivgewalt (Bezirksamt) als Verwaltungsakt aus, bzw. durch den Erlass von Verwaltungsakten für die Einhaltung von Landes- und Bundesrecht.

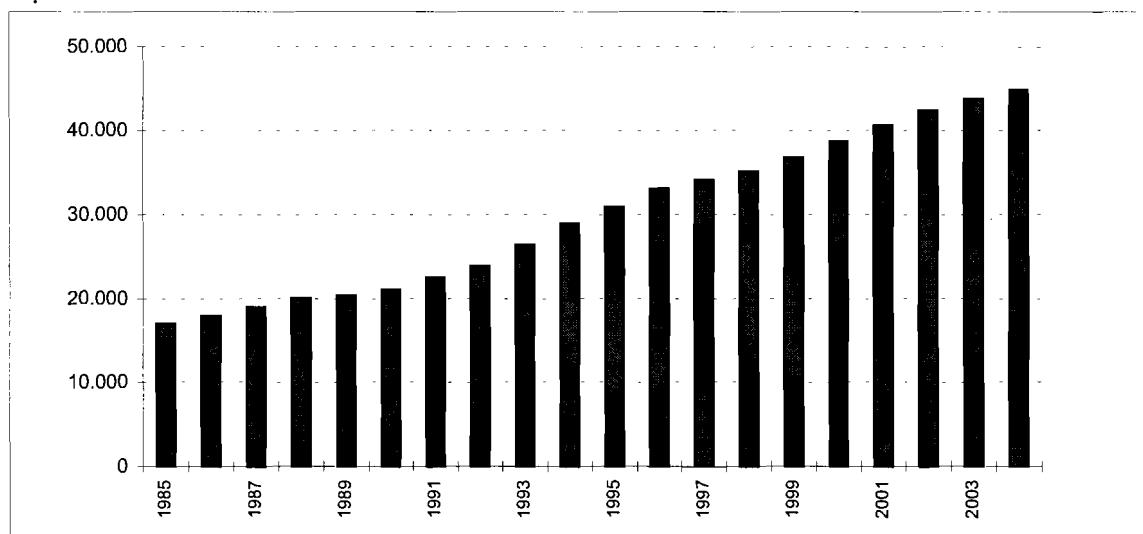
In den Bereichen, in denen die Bezirke eigene Entscheidungskompetenzen erhalten, darf der Senat nur zur Abwehr von Nachteilen für die Gesamtstadt tätig werden und Entscheidungen der Bezirke aufheben. Die Kriterien für eine derartige Evokation sind gesetzlich zu regeln.

Die Direktwahl der Bezirksamtsleiter ist notwendig, um die Bürgernähe im Bezirk zu erhöhen.

FINANZEN - HAMBURGS ZUKUNFT SICHERN

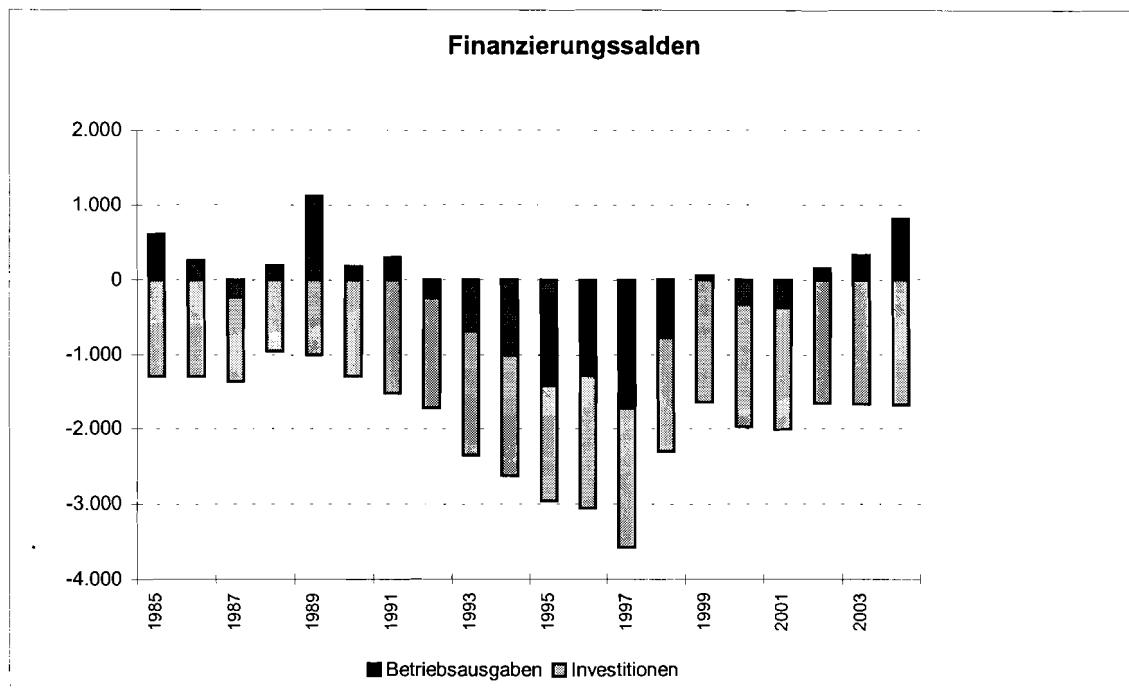
DERZEITIGE HAUSHALTS- UND FINANZPOLITIK

Trotz einiger Erfolge bei der Begrenzung des Ausgabenzuwachses ist es dem rot - grünen Senat nicht gelungen, die Staatsverschuldung als Hauptproblem der Hamburger Finanzpolitik auch nur ansatzweise abzubauen. Im Gegenteil: Die Verschuldung wird im Jahr 2001 einen neuen Rekordstand erreichen, ohne dass Maßnahmen zur wirksamen Gegensteuerung vom Senat eingeleitet worden sind.



Quellen: Finanzbericht 2001, Freie und Hansestadt Hamburg; Handelskammer Hamburg, Standpunkte 1996

Der gegenwärtige Senat hat das Verschuldungsproblem bei seinen Haushaltsberatungen mangels Entschlusskraft auf die nächste Legislaturperiode vertagt, obwohl die Kennzahlen der mittelfristigen Finanzplanung eine deutliche Sprache sprechen. Schon heute gibt die Stadt 15% - also fast jede sechste Mark - der in Hamburg verbleibenden Steuereinnahmen für Zinsen aus. Hamburg liegt damit weit über dem Durchschnitt aller Länder und Gemeinden, weil seit 1992 alle Investitionen einschließlich der Erhaltungs- und Unterhaltungsaufwendungen nahezu ausschließlich durch Kredite finanziert werden.



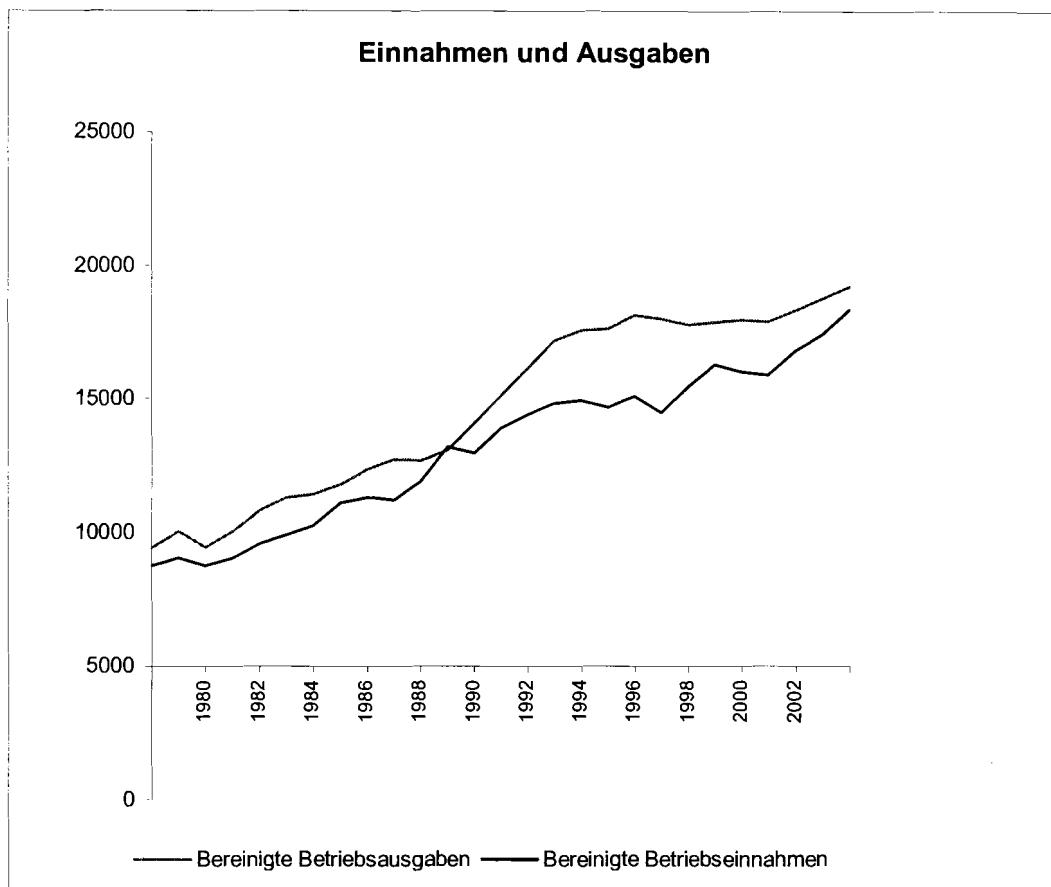
Quellen: Freie und Hansestadt Hamburg, Finanzberichte bis 2001

Der Senat hat in den vergangenen Jahren insbesondere in den Bereichen Schule, Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie Verkehr einen gewaltigen Investitions- und Reformstau hinterlassen, dessen Beseitigung in der nächsten Legislaturperiode einen zusätzlichen Finanzbedarf für diese Aufgabenfelder auslösen wird. Gleichzeitig muss Hamburg in den Bereichen Unternehmensansiedlung und Kulturförderung investieren, um sich dem verschärfenden Wettbewerb mit Berlin erfolgreich stellen zu können.

Die vom Senat beschlossenen mittelfristigen Plandaten für die Jahre 2002 bis 2004 lassen keinen ernsthaften Willen zur Umsteuerung erkennen, denn nach einigen Jahren stagnierender Ausgaben sieht die Finanzplanung Steigerungsraten vor, die der notwendigen Umkehr in der Finanzpolitik entgegenstehen.

LIBERALE HAUSHALTS- UND FINANZPOLITIK

Die Haushalts- und Finanzpolitik steht vor gewaltigen Herausforderungen, weil der Haushalt dauerhaft zu sanieren ist und gleichzeitig Finanzmittel durch Umschichtungen für liberale Politikschwerpunkte erwirtschaftet werden müssen. Zusätzliches Geld steht nicht zur Verfügung.



Quellen: Finanzbericht 2001, Freie und Hansestadt Hamburg; Handelskammer Hamburg, Standpunkte 1996

Mit der FDP wird der Hamburger Haushalt nachhaltig saniert durch

- sparsame Haushaltsführung, mit dem Ziel wachsende Überschüsse im Betriebshaushalt zu erwirtschaften,
- eine verlässliche kommunale Steuer- und Gebührenpolitik, die zusätzliche Belastungen für Unternehmen und Steuerzahler vermeidet, z.B. bei der Grundsteuer,
- die nachhaltige Senkung des Hebesatzes, solange das Hauptziel „Abschaffung der Gewerbesteuer“ nicht erreicht ist,
- Streichung von Bagatellsteuern, deren Verwaltungsaufwand in keinem vernünftigen Verhältnis zu den Einnahmen steht,
- Verwendung von Privatisierungserlösen vorrangig zur Schuldentlastung,
- Bildung von Rückstellungen für neu begründete Pensionslasten,
- Aufstellung einer Generationenbilanz, welche die Verteilung staatlicher Leistungen und finanzieller Belastungen jetziger und künftiger Generationen offen legt.

Zur dauerhaften Sanierung des Haushalts ist es erforderlich die Ausgaben für den laufenden sächlichen und personellen Aufwand durch äußerste Sparsamkeit zu begrenzen, so dass der Betriebshaushalt künftig wieder Überschüsse erzielt, mit denen kostensparende, einnahmensichernde bzw. einnahmensteigernde Infrastruktur- und Modernisierungsinvestitionen finanziert werden können.

Außerdem ist nicht weiter an der Abgabenschraube zu drehen, sondern im Gegenteil sind Unternehmen und Steuerzahler zu entlasten, um Anreize für Neuansiedlungen, Erweiterungen und Investitionen mit den zugehörigen Arbeitsplätzen zu schaffen. Damit wird das Wirtschaftswachstum in Hamburg gefördert und höhere Steuereinnahmen erzielt.

Die Liberalen werden die kommunalen Steuern und Abgaben einer Analyse hinsichtlich Aufwand und Ertrag unterziehen mit dem Ziel, Bürokratien abzubauen und die Steuerzahler zu entlasten. Zum Beispiel soll die von SPD und STATT - Partei 1993 eingeführte, rechtlich umstrittene Zweitwohnungssteuer abgeschafft werden, deren geringes Aufkommen in keinem Verhältnis zum Erhebungsaufwand steht.

Die FDP will zur Finanzierung der Zukunftsinvestitionen neben Überschüssen aus dem Betriebshaushalt auch gezielt Privatisierungserlöse einsetzen, um die weitere Zunahme der Verschuldung zu stoppen. Das Ziel ist, im Laufe der Legislaturperiode auf eine Neuverschuldung vollständig zu verzichten und die reale Entschuldung der Stadt einzuleiten. Dadurch eingesparte Zinsmittel werden anteilig zur Schuldentilgung verwendet und zugunsten der Schwerpunktbereiche liberaler Politik umgeschichtet.

Im Bereich der Pensions- und Versorgungslasten ist ein radikaler Kurswechsel erforderlich. Die FDP will mit Beginn des Haushaltsjahres 2002 für jeden neu einzustellenden Beamten, Angestellten oder Arbeiter zur Abdeckung der auf Hamburg entfallenden Pensions- und Versorgungsanteile versicherungsmathematisch ermittelte Rückstellungen bilden und langfristig sicher anlegen. Zwar lässt sich dadurch nicht mehr die laufende Haushaltsbelastung durch die heutigen Pensions- und Versorgungszahlungen abmildern, aber das Zukunftsrisiko der völligen Zahlungsunfähigkeit ausschließen. Was für Betriebe gilt, muss auch für die öffentliche Hand gelten - in eine vollständige Kostenrechnung gehören auch die Zukunftslasten. Soweit bundesgesetzliche Regelungen für diese Umsteuerung rechtlich erforderlich sind, wird die FDP Bundesratsinitiativen einleiten.

Mit der FDP wird in den Finanzberichten der Freien und Hansestadt Hamburg künftig eine Generationenbilanz aufgenommen. Diese soll über die Verteilung staatlicher Leistungen und finanzieller Belastungen auf lebende und künftige Generationen berichten und der Bürgerschaft ermöglichen, die langfristigen Folgen politischer Entscheidungen zu prüfen und politische Konsequenzen daraus zu ziehen.

Mit der FDP wird der Senat reformiert durch Neugliederung der Behörden:

- Justizbehörde, inkl. Zuständigkeit für Bezirke und Gleichstellung sowie alle Gerichtsbarkeiten (Finanz-, Arbeits- und Sozialgerichte),
- Innenbehörde, inkl. Zuständigkeit für das Personalwesen,
- Behörde für Schule, Bildung, Wissenschaft, Forschung und Sport,
- Kulturbörde,
- Behörde für Soziales, Gesundheit, Familie und Jugend unter Ausgliederung und Verlagerung aller solcher Aufgaben, die der Arbeitswelt zuzuordnen sind und daher aufgabenbezogen entweder der Wirtschaftsbehörde oder der Umweltbehörde zuzuordnen sind,
- Behörde für Umwelt, Stadtentwicklung, und Bauwesen,
- Behörde für Wirtschaft, Multimedia, Arbeit, Verkehr,
- Finanzbehörde,
- zuzüglich der Senatskanzlei, inkl. Bundesrats- und Europaangelegenheiten, mit eigenem Senator.

Hamburg leistet sich als Stadtstaat eine der größten Landesregierungen in Deutschland und wird damit viel zu teuer und ineffizient regiert. Die FDP will die Zahl der Regierungsmitglieder auf **10** beschränken, die Zuständigkeiten der Fachbehörden neu gliedern und dabei die Senatsämter weitgehend auflösen. Durch konsequente Neuzuschnitt der Behördenleitungen, der Präsidialverwaltungen und der Behördenfachämter sowie durch weitgehenden Verzicht auf das „Beauftragten(un)wesen“ lassen sich Personalmittel für mehrere hundert hochwertige Stellen einsparen, die im Schulbereich für die Unterrichtsversorgung dringend benötigt werden.

Mit der FDP wird Staatstätigkeit reduziert und die Verwaltung verschlankt, im Wege der

- ✿ Durchforstung aller staatlichen und staatsnahen Organisationen auf Rationalisierungspotenziale. Das betrifft die ausgegründeten Anstalten öffentlichen Rechts, Stiftungen, Vereine und Vereinigungen unter Behördenregie, Landesbetriebe, sowie die

in sogenannten Sondervermögen ausgelagerten Schattenhaushalte, insbesondere die ABM - Verwaltungs- und Zuwendungsbürokratien im unmittelbaren Einfluss der Senatsbehörden, die in jüngster Vergangenheit Korruptionsskandale zu Tage gefördert haben,

- ♣ Abschaffung der Objektförderung im Wohnungsbau, die durch konsequente Umstellung auf subjektive Wohngeld-Förderung ermöglicht wird,
- ♣ Auflösung des wettbewerbsfeindlichen und kostspieligen Landesbetriebs Krankenhäuser, Verselbständigung seiner Einrichtungen und Abbau der Planungsstäbe in der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales,
- ♣ Konsequenter Privatisierungspolitik durch Verkauf von Staatsbetrieben und Beteiligungen.

Entgegen dem vom rot - grünen Senat verkündeten Ende der Sparpolitik ist eine weitere Durchforstung der Verwaltungsaufgaben erforderlich, um die Betriebsausgaben der Stadt abzusenken. Noch lange sind nicht alle Modernisierungspotenziale ausgeschöpft, Doppelzuständigkeiten zwischen Fachbehörden und Bezirken abgebaut und die Vorteile des Wettbewerbs konsequent ausgenutzt. Die FDP wird nach ihrer Rückkehr in die Bürgerschaft alle Staatstätigkeiten auf den Prüfstand stellen und hinsichtlich erreichbarer Einsparpotenziale durchleuchten.

Es gibt in Hamburg noch zahlreiche Bereiche, in denen sich die Stadt direkt oder über Beteiligungen vielfältig erwerbswirtschaftlich betätigt und dieses besser der Privatwirtschaft überlassen sollte (vgl. Kapitel Wirtschaft).

Die Erlöse aus Veräußerungen und Privatisierungen werden zur Schuldentilgung und zur Finanzierung von Zukunftsinvestitionen vorrangig in den Bereichen Bildung und Verkehr eingesetzt. Die mangelhafte Verkehrsinfrastruktur Hamburgs ist ein zunehmender Standortnachteil und birgt damit ein erhebliches Ansiedlungshindernis für Unternehmen und die Gefahr dauerhafter Steuerausfälle. Das Gleiche gilt für den schlechten Zustand des Hamburger Bildungswesens, welches die Besetzung neuer Arbeitsplätze mit qualifizierten Fachkräften behindert.

Die FDP wird das Parlament stärken und seine Kontrollfunktion gegenüber dem Senat wieder herstellen.

Die Hamburger Bürgerschaft ist mangels einer starken FDP - Fraktion ein schwaches Parlament. Der Senat respektiert seine Regierungsfraktionen als Kontrollinstanzen nicht und fürchtet schon gar nicht die Opposition. Brav werden die Senatsvorlagen zum Haushalt von den Regierungsfraktionen abgenickt bzw. von der Opposition ritualisiert abgelehnt.

Gelegentlich aufkeimender Frust über den Verzicht auf Kontrollbefugnisse entlädt sich in katalogstarken sogenannten Ersuchen an den Senat, ohne im Verwaltungshandeln nennenswerte Spuren zu hinterlassen. Der Untersuchungsausschuss zur Durchleuchtung des Zuwendungsfilzes und seiner finanziellen Folgen ist weitgehend folgenlos geblieben.

Die FDP wird im Rathaus auch gebraucht, damit das Parlament insgesamt eine Aufwertung im öffentlichen Ansehen erfährt und die Schläfrigkeit in der Finanzpolitik durch wachsame Kontrolle und wirksame Vorschläge zur Umgestaltung abgelöst wird. Die Haushalts- und Finanzpolitik wird die schwierige Aufgabe der Entschuldung ohne neue Impulse nicht lösen können.

Mit der FDP werden die Hamburger Finanzinteressen effizient vertreten.

Die FDP - Minister in den unterschiedlich zusammengesetzten Landesregierungen in Rheinland - Pfalz, Baden - Württemberg und Hessen haben in enger Kooperation mit der Bundestagsfraktion bewiesen, dass die FDP als Motor der Steuerreform verkrustete Strukturen in Deutschland zugunsten aller Steuerzahler aufbrechen kann. "Mehr Netto für alle" ist durch die Absenkung im gesamten Steuertarifverlauf verwirklicht worden. Diese klassische Funktion einer selbstbewussten dritten, in Konkurrenz zu den großen

Volksparteien stehenden gestaltenden politischen Kraft, haben die Grünen im Bereich der Steuer- und Finanzpolitik zu keinem Zeitpunkt ihrer Regierungsbeteiligungen ausgeübt.

Für die Durchsetzung weiterer insbesondere mittelstandsfreundlicher steuerpolitischer Reformen ist eine Stärkung der FDP in den nächsten Landtagswahlen und bei der nächsten Bundestagswahl erforderlich. Je größer der liberale Einfluss, desto mehr Bewegung ist in der Steuer- und Finanzpolitik. Dieses gilt auch für die Durchsetzung der berechtigten staatstaatlichen Interessen Hamburgs bei der anstehenden Neuregelung des Länderfinanzausgleichs.

Die Schaffung eines Nordstaates wäre die wirkungsvollste Interessenvertretung für die Bevölkerung unserer Region.

Eine weitere schwere Hypothek im städtischen Haushalt sind die weitgehend ungebremst wachsenden Aufwendungen für Pensionszahlungen und für den Versorgungsbereich, sowie die jahrelange Verschleierung dieser staatlichen Verbindlichkeiten. Für die steigende Zahl an Versorgungsfällen und die stetig zunehmende Bezugsdauer von Pensions- und Versorgungsleistungen kommen bundesgesetzlich eingeleitete und tarifvertraglich geregelte Ansätze zur Bildung von Versorgungsfonds und zur Begrenzung der Leistungen für einen weiteren Anstieg der Ausgaben viel zu spät. Schmerzhafte Eingriffe sind daher die zwingende Folge.